Hochkonjunktur und Krieg

Von

Heinrich Mannstaedt
Dr. phil. et rer. pol.
Professor an der Universität Bonn



Jena
Verlag von Gustav Fischer
1917

Hochkonjunktur und Krieg

Von

Heinrich Mannstaedt
Dr. phil. et rer. pol.
Professor an der Universität Bonn



Jena
Verlag von Gustav Fischer
1917

Fürstlich priv. Hofbuchdruckerei (F. Mitzlaff) Rudolstadt

Seinem Schwiegervater

Hugo Winckel

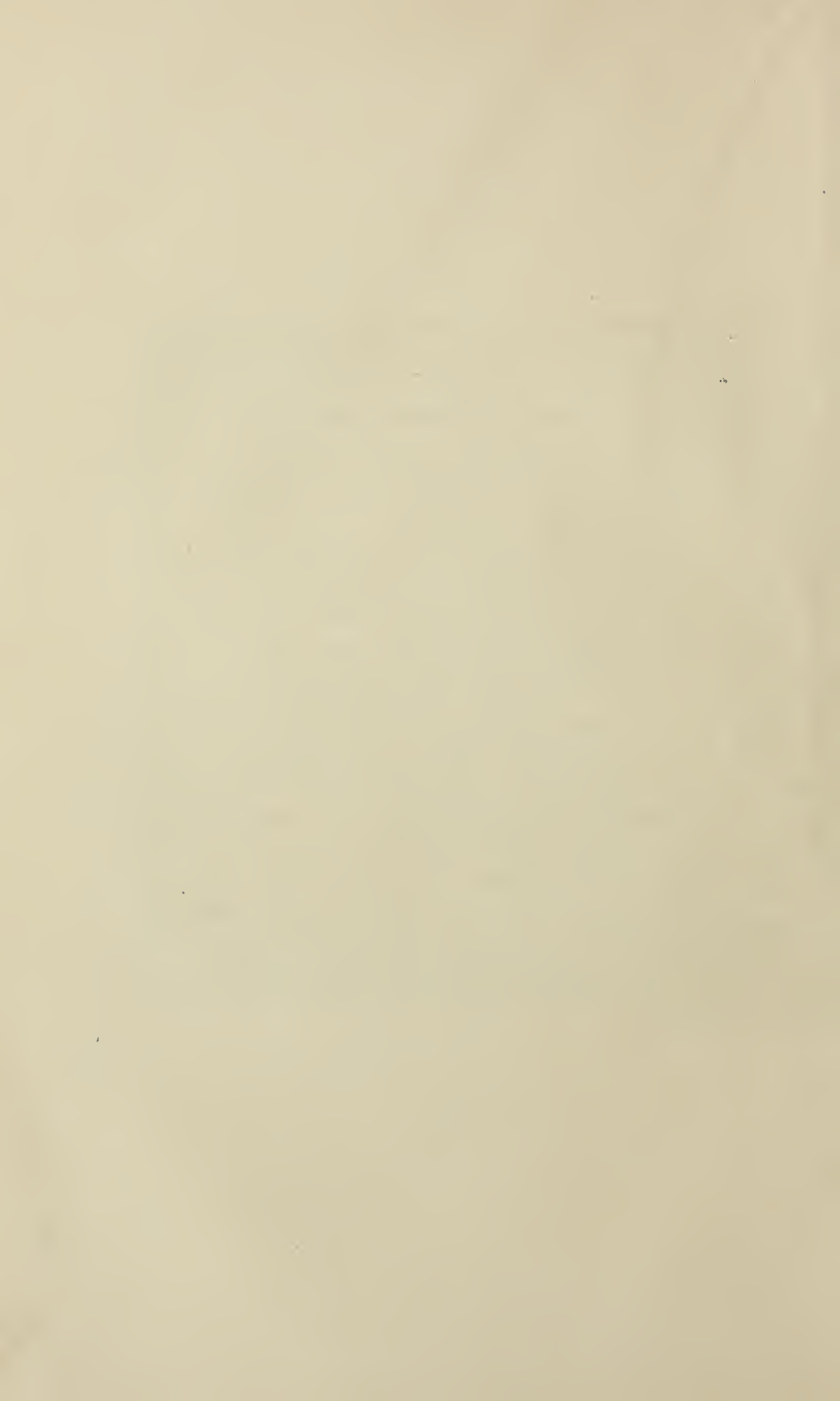
zur Vollendung seines 75. Lebensjahres



Inhalt.

Die Notwendigkeit einer klaren Kenntnis der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge ist wohl niemals so offenbar geworden, wie in diesem Weltkriege. Der Widerspruch der Ansichten selbst in den gebildeten und führenden Kreisen macht den Eindruck als wenn die Resultate der bisherigen wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens durch den Krieg völlig über den Haufen geworfen seien. Und doch sind die Mißgriffe, Reibungen und unausführbaren Forderungen, die aus den mannigfachen Versuchen, die Bewegungen des Wirtschaftslebens zu meistern, erwachsen, nicht auf das Schuldkonto der Wissenschaft zu setzen. Der heutige Stand der Wirtschaftstheorie ist durchaus in der Lage, die scheinbar regelwidrige Entwicklung auf ihre wahren Ursachen zurückzuführen, und manche Äußerungen, die als Ausfluß der Willkür angesehen werden, aus inneren Notwendigkeiten zu erklären. Der Krieg ist vom volkswirtschaftlichen Standpunkt eine Hochkonjunktur. Die Kenntnis der Kausalzusammenhänge, die die großen Wellenbewegungen des Wirtschaftslebens beherrschen, besonders die Kenntnis der Kapitalbildung, muß auch ein klares Bild der Kriegskonjunktur ergeben und darüber hinaus einen Blick auf die zukünftige Wirtschaftslage nach dem Kriege erlauben.

In den folgenden Ausführungen sollen im ersten Abschnitt die Wirtschaftskonjunkturen im allgemeinen behandelt werden; der zweite Abschnitt ist der Kriegskonjunktur im besonderen gewidmet und der dritte Abschnitt erörtert die Konjunkturaussichten nach dem Kriege.



Die Hochkonjunkturen im allgemeinen.

Wie entstehen Hochkonjunkturen?

Um zu einer klaren Vorstellung zu kommen, muß man zunächst betonen, daß das ganze Wirtschaftsleben ein ununterbrochener Ablauf von Erzeugung und Verbrauch ist. Nichts wird im großen Ganzen erzeugt, was nicht auch verlangt wird. In diesem ewigen Strom suchen sich Erzeugung und Verbrauch im Gleichgewicht zu halten. Nun beruht jede Nachfrage letzten Endes auf einer wirtschaftlichen Leistung, die im großen Preisbildungsprozeß bewertet wird. Wir drehen uns also im Kreise herum, wenn wir sagen: Jede Hochkonjunktur ist das Produkt einer außergewöhnlichen Nachfrage, die das Maß, das sonst im Ablauf der Wirtschaftsperioden hervortritt, überschreitet und das ganze Wirtschaftsleben zur gesteigerten Tätigkeit fortreißt. Denn jede außergewöhnliche Nachfrage ist selbst schon die Folge dieser gesteigerten Tätigkeit. Wir müssen, um zu einer Erklärung zu kommen, an den ununterbrochenen Kreislauf von Erzeugung und Verbrauch anknüpfen und fragen, wodurch weitet sich dieser Kreislauf.

Der Kreislauf ist natürlich fortwährenden Veränderungen ausgesetzt. Er muß sich w e i t e n, solange die Bevölkerung zunimmt, und in gleicher Richtung wirkt auch wachsende Intensität der Arbeit. Die Fortschritte der technischen und biologischen Wissenschaften erzwingen sowohl eine A u s w e i t u n g als auch eine V e r s c h i e b u n g im Kreislauf. Während die Launen des Geschmackes, der Mode, in der Hauptsache nur eine V e r s c h i e b u n g im Kreislauf, ein Ausweiten der Erzeugung und der Nachfrage hier, ein Einschrumpfen dort zur Folge haben. Diese Hauptbewegungen sind dann stets von einer Fülle kleiner Bewegungen begleitet, die bezwecken, die neue Gleichgewichtslage zwischen Angebot und Nachfrage zu finden.

Unter Hochkonjunktur verstehen wir nun eine außergewöhnliche Ausweitung des Kreislaufes — natürlich stets verbunden mit mannigfachen Verschiebungen — und das Außergewöhnliche kennzeichnet sich dadurch, daß der Ausweitung ein mehr oder minder

starkes Einschrumpfen folgt. Wodurch kann nun die außergewöhnliche Ausweitung hervorgerufen werden?

Da steht an erster Stelle ein Faktor, der außerhalb des Machtbereiches der Menschen liegt, die Ergiebigkeit der Natur, die in den Füllernten zeitweise erheblich emporschnellt und um so wirksamer ist, wenn Füllernten und Mißernten sich ablösen[1]).

Die Wirkung der Füllernten geht aber nicht von den Preisen aus, auf die gewöhnlich die Hauptaufmerksamkeit gerichtet wird. Es ist ja auch eigentlich selbstverständlich, daß die Preisbewegungen nicht die Ursachen, sondern die Folgen der Wellenbewegungen des Wirtschaftslebens sind. Die Wirkung der Füllernten auf die Preise ruft — wir wollen zunächst einmal annehmen, Erntner und Verbraucher ständen sich unmittelbar gegenüber — nur eine Verschiebung im Kreislauf von Erzeugung und Verbrauch hervor, ja kann sogar einflußlos sein, wenn nämlich die Füllernte zu einem Preise vernutzt wird, wobei die Gesamtausgabe der Verbraucher, folglich auch die Gesamteinnahme der Erzeuger, nicht größer ist als in normalen Erntejahren. Stellt sich der Preis dagegen höher oder tiefer ein, dann gewinnt stets die eine Seite der beiden Partner: Erntner und Verzehrer an Einnahme, also an Kaufkraft, soviel als die andere verliert.

Die Wirkung der Füllernte, ihr konjunkturtreibender Einfluß geht von ihrer Menge aus. Es stehen sich nicht Erntner und Verbraucher direkt gegenüber, sondern es schieben sich noch eine Reihe Zwischenglieder ein. Je größer die Erntemenge, desto größer die Arbeit in der Landwirtschaft, um sie herein zu bringen, in der Industrie, um sie in verbrauchsreife Produkte zu verwandeln. Handelt es sich um eine Füllernte an Getreide, so müssen Müllerei, Bäckerei, Brauerei und Brennerei eine Mehrarbeit verrichten als bei einer Normalernte. Ist der Ertrag von Wolle, Flachs oder Baumwolle ungewöhnlich reich ausgefallen, so haben Spinnerei, Weberei, Färberei, die Kleider- und Wäschebranchen diese Aufgabe zu erfüllen. Hat die Fruchtbarkeit einen reichen Viehbestand zur Folge, so haben Metzgerei und Lederindustrie mit einem Arbeitsmehr zu rechnen. Von der Rübenernte hängt die Tätigkeit der Zuckerindustrie, von der Weinernte die der Kellereien, Böttchereien und Flaschenindustrie, von der Obsternte die der Konserven- und Marmeladenindustrie usw. ab. Weiterhin: nach den Verarbeitern der Rohstoffe folgen die Händler und überall zwischen Erntnern, Verarbeitern und Verbrauchern schiebt sich das Verkehrsgewerbe

[1]) Vergl. Art. Ernten von Dietzel im Handwörterbuch der Staatswissenschaften.

ein. Sie alle haben also je nach der Größe der Füllernte eine Mehrarbeit zu erfüllen,

Die Wirkung geht aber über den Rahmen der unmittelbar beteiligten Kreise hinaus. Zur Verarbeitung der Ernten sind mannigfache Produktionsmittel und Hilfsstoffe usw. notwendig und übertrifft die Erntemenge die Leistungsfähigkeit der Produktionsstätten und Verkehrsanstalten, dann fällt eine reiche Aufgabe den Industriezweigen zu, durch deren Zusammenwirken Neuanlagen entstehen. Und ferner: Die vermehrte Arbeitsleistung auf weiten Gebieten des Wirtschaftslebens hebt besonders die Kaufkraft, den Lohn der breiten Massen der Arbeiter und zwar um so mehr, je weniger die rasch wachsende Nachfrage nach Arbeitskräften durch das Angebot befriedigt werden kann. Diese verstärkte Kaufkraft der breiten Masse richtet sich nicht nur auf jene Güter, die dem reichen Ernteausfall ihre Entstehung verdanken, auch andere Industrien ziehen Nutzen aus ihr und dehnen ihre Erzeugung aus. Die Wirkung der Füllernte greift auf immer weitere Wirtschaftsgebiete über! Ist aber überall die außergewöhnliche Arbeitsfülle erledigt, ist die Errichtung der Neuanlagen vollzogen, und vor allem folgen der Füllernte normale Ernten oder gar Mißernten, dann schrumpft mit der Erzeugung auch die Kaufkraft, die Nachfrage, wieder ein; der außergewöhnlich ausgeweitete Kreislauf zieht sich wieder zusammen.

Die Ernteschwankungen gehören ohne Zweifel zu den wichtigsten Erregern der Wellenbewegung im Wirtschaftsleben und zwar wegen ihrer Unberechenbarkeit und ihrer Wucht. Die außerordentliche Mehrarbeit, die plötzlich im Falle einer Füllernte vom Wirtschaftsleben verlangt wird, macht jedes allmähliche Einstellen auf sie unmöglich und um so weniger, je größer die Erntesprünge sind. Man nehme z. B. nur die Zahlen, die augenblicklich uns und noch mehr unsere Feinde interessieren. Es betrug die Weizenernte in Millionen Tonnen:

i. d.	Vereinigt. Staaten	Kanada	Argentinien	Indien
1915/16	27,5	10,2	4,7	10,3
1916/17	17,4	4,3	2,1	8,7

Die deutsche Weizen- und Roggenernte zusammen betrug im zehnjährigen Durchschnitt der Jahre 1905—14 ungefähr 15 Millionen Tonnen, die Höchsternte 17,3 Millionen Tonnen, die geringste 13,7 Mill. t.

Rasche Steigerungen in der Ergiebigkeit der Natur finden sich außer in der Landwirtschaft auch im Bergbau, wenn außer-

ordentlich reiche Fundstellen aufgedeckt oder angeschlagen werden. Einen erheblichen Einfluß auf die Konjunkturen haben die Entdeckungen mächtiger Goldlager ausgeübt. Die vermehrte Goldmenge der erfolgreichen ersten Ausbeuter gibt, zumal es sich um das wichtigste Währungsmetall handelt, eine verstärkte Kaufkraft. Zu ihrer Befriedigung ist eine Mehrarbeit in den verschiedensten Produktionszweigen notwendig. Je schneller die Goldmenge nach der Entdeckung der Fundstellen anschwillt, desto mehr nimmt die Ausweitung des Kreislaufes von Erzeugung und Verbrauch das Kennzeichen der Hochkonjunktur an, der ein Einschrumpfen auch dann folgt, wenn die Goldproduktion nicht wieder versiegt. Ist der Ausbau der einzelnen Produktionszweige entsprechend der Mehrnachfrage erfolgt, dann schrumpft ja auch das Arbeitspensum der Kapitalgüterindustrien, der Unternehmungszweige, die die Baumaterialien, die Kraft- und Arbeitsmaschinen, die Eisenbahnen und Schiffe usw. liefern, wieder ein.

Wie die starken Schwankungen in der Ergiebigkeit der Natur, so vermögen auch umwälzende Erfindungen die Arbeitsmenge im Wirtschaftsleben rasch zu steigern, Hochkonjunkturen zu erzeugen. Es kann sich natürlich nur um Erfindungen handeln, die für weite Gebiete der Erzeugung und des Verkehrs neue Grundlagen schaffen, die sich eine rasche Durchsetzung deshalb erzwingen, da sie eine erhebliche Überlegenheit über die alten Arbeitsarten besitzen und demnach, wenigstens bis zu ihrer allgemeinen Ausnutzung, einen gesteigerten Gewinn ergeben. Eine gewisse Wucht, ähnlich wie die Füllernten, müssen sie besitzen, sie liegt in der Breite der Anwendungsmöglichkeit und in der Größe der Kostenverbilligung. Die Unberechenbarkeit ergibt sich aus der Willigkeit des Kapitals; zeitweilig wirft es sich mit Eifer ja stürmisch auf die Ausnutzung, zeitweilig zieht es sich zurück, nicht aus Kapitalmangel, sondern aus Mangel an Willigkeit.

Das augenfälligste Beispiel liefert die Erfindung der Eisenbahn. Die Kosten für die Ausgestaltung des deutschen Eisenbahnnetzes werden bis 1900 auf 13 Milliarden berechnet. Zu diesem Zeitpunkt stellte das deutsche Eisenbahnnetz nur den 15. Teil des Welteisenbahnnetzes dar. Diese gewaltige Arbeitsleistung ist von der Eisenindustrie weniger Länder bewältigt worden, worunter England, Belgien und Deutschland und die Vereinigten Staaten besonders hervorragen. Danach kann man ermessen, wie die stoßweise Ausgestaltung dieses Netzes die Bewegung des Wirtschaftslebens dieser Länder beeinflußt hat.

Zwischen der reicheren Ausstattung des heimischen Wirtschaftskörpers mit leistungsfähigeren Produktionsstätten oder Verkehrsanlagen als Folge technischer Erfindungen und der Beihilfe in der Ausstattung einer fremden, in der Entwicklung zurückgebliebenen Volkswirtschaft besteht kein Wesensunterschied. Der innigere Verkehr zweier Länder, durch Verkehrserleichterungen gehoben, ruft stets ein Anschwellen der Gesamterzeugung, also eine Ausweitung des Kreislaufes zwischen Erzeugung und Verbrauch, hervor, natürlich verbunden mit einer mehr oder minder starken Verschiebung in der heimischen Erzeugung als Folge der internationalen Arbeitsteilung. Aber solange sich dieser wachsende Austausch in der Form Ware gegen Ware vollzieht, wird er in der Regel ein Tempo einschlagen, so daß dem Anschwellen der Erzeugung nicht notwendig ein Einschrumpfen folgen muß. Entwickelt sich der Austausch dagegen außergewöhnlich schnell, nimmt er die Form Ware gegen Kredit an, dann besteht die Gefahr, daß die übergroße Willigkeit des Kapitals, die Ausgestaltung der fremden Volkswirtschaft zu fördern, einen Aufschwung erzwingt, dem ein Niedergang auf dem Fuße folgt. In diesem Falle liegt die Wucht der treibenden Kraft in der reichen Entwicklungsmöglichkeit der fremden Volkswirtschaft und die Unberechenbarkeit wiederum in der Willigkeit des Kapitals.

Ein Wechsel in der Richtung der Nachfrage, z. B. infolge der Launen der Mode, verursacht, wie bereits betont wurde, nur eine Verschiebung in dem Kreislauf von Erzeugung und Verbrauch. Nur in einem Falle, nämlich wenn ein Krieg mit rauher Hand in das Wirtschaftsleben eingreift, nimmt diese Richtungsänderung einen solch weittragenden Umfang an, so daß die Wirkungen, auch wenn eine übernormale Ausweitung der Gesamterzeugung nicht erfolgt ist, oder sie sogar einschrumpft, doch völlig die Kennzeichen der Hochkonjunktur tragen. Das plötzliche Hervorschnellen des dringenden Kriegsbedarfs ruft sie hervor. Stellt sich nach dem Friedensschluß ein Rückschlag nicht notwendig ein, so liegt es daran, daß der Krieg nicht nur während seiner Dauer, sondern auch nach seinem Abschluß die Erledigung einer gewaltigen Arbeitsfülle vom Wirtschaftsleben verlangt.

Schon in der Zeit der Vorbereitung, in den Rüstungsjahren, macht sich die einseitige Verschiebung der Nachfrage bemerkbar. Sie erreicht während der Kriegsdauer ein gewaltiges Ausmaß, das von der Schwere und dem Umfang des Krieges, von der Finanz-

kraft des Staates, mit anderen Worten von der Produktivkraft der Volkswirtschaft abhängt. Die Wirtschaftslage nach dem Kriege wird weniger durch die Nachfrageverschiebung bestimmt, sondern weist das Merkmal des Neuaufbaues auf, hängt also vom Einfluß des Krieges auf das Wirtschaftsleben und den Friedensbedingungen ab, und neben der Finanzkraft des Staates ist die Willigkeit des Kapitals auf die Größe des Aufschwungs von bestimmendem Einfluß.

Selbstverständlich kann die gewaltige Arbeitslast, die ein Krieg aufbürdet, auch durch die Hilfe unbeteiligter Volkswirtschaften bewältigt werden und dort eine Hochkonjunktur erwecken. Doch handelt es sich dann nur um einen Sonderfall der Wechselbeziehungen zwischen zwei Ländern, bedarf also keiner besonderen Hervorhebung.

In jeder Hochkonjunktur entscheiden nicht nur sachliche Gründe, das beweist ja schon die Bedeutung, die der Willigkeit des Kapitals zukommt, folglich werden sowohl übertriebenes Vertrauen wie unbegründetes Mißtrauen das Maß des Auf- und Abstieges wesentlich beeinflussen. Stellen sich zufällig mehrere Triebkräfte des Aufschwungs gleichzeitig ein, dann kann die Welle, durch trügerische Hoffnung auf unerschöpfliche Gewinne gejagt, eine Höhe erreichen, die das in der Wirtschaftslage berechtigte Maß weit übertrifft; der Rückschlag muß dann um so empfindlicher sein.

Zu den Hauptkräften des Aufschwunges werden vielfach auch angesammelte Kapitalmassen gerechnet. Es gibt eine Theorie, die behauptet, *Kapitalfülle* und *Kapitalmangel* bedingten das Auf und Ab im Wirtschaftsleben. *Das ist ein Irrtum.* Die *Kapitalerzeugung hält mit der Wellenbewegung des Wirtschaftslebens Schritt* Das Kapital kann gar nicht entsprechend dem Ausmaß einer Hochkonjunktur vorher angesammelt werden. In welcher Form sollte das denn geschehen? In Geld oder Forderungsrechten ist das ganz unmöglich und erst recht nicht in der Form von Waren und Produktionsmitteln (Rohstoffen, Vorprodukten, Werkzeugen, Maschinen usw.); die Erzeugung dieser Waren und Produktionsmittel ist ja gerade die Aufgabe der Hochkonjunktur. Das zum Aufschwung notwendige Kapital wird auch während des Aufschwungs gespart. Der Weg ist im wirtschaftlichen Getriebe vorgezeichnet und ist im Grunde ganz der gleiche in einer sozialistischen wie in einer privatkapitalistischen Gesellschaft; er weist in letzterer durch die reichere Verflechtung der

wirtschaftlichen Beziehungen, die aus dem Sondereigentum der Kapitalgüter entstehen, nur kleine Abweichungsmöglichkeiten auf.

Der Vorgang läßt sich am einfachsten in folgender Form darstellen. Gehen wir vorläufig von der Annahme aus, daß das in der Volkswirtschaft regelmäßig ersparte Kapital der ständig fortschreitenden Ausweitung des Wirtschaftslebens entspreche. Wie entsteht nun das Kapital, das die fieberhafte Entwicklung einer Hochkonjunktur bedarf? Eine neue weitreichende Erfindung soll sich wegen der großen Vorteile, die sie durch Senkung der Erzeugungskosten ermöglicht, in beschleunigtem Zeitmaß durchsetzen. Nehmen wir an, das erforderliche Kapital sei zunächst durch Kredit bereitgestellt. Eine außerordentliche Mehrarbeit muß von den Produktionsindustrien — in diesem Falle von den Maschinenindustrien und den Unternehmungen, die die nötigen Rohstoffe und Vorprodukte liefern — erfüllt werden. Sie müssen zu diesem Zwecke unter Umständen selbst erst eine Erweiterung ihrer Leistungsfähigkeit vornehmen. Soll aber diese Mehrarbeit in den Produktionsmittelindustrien bewältigt werden, ohne die laufenden Aufgaben zu beschränken — nur in diesem Falle ist ein Zufluß über die üblichen Kapitalersparnisse notwendig — dann ist die Durchführung, wenn wir von dem Vorhandensein neuer, freier Arbeitskräfte zunächst der Einfachheit halber absehen, nur möglich, wenn Arbeitskräfte, die bisher sofort verbrauchsreife Waren herstellten, von ihrer Tätigkeit fortgeholt und zu dieser Mehrarbeit herangezogen werden. Also die Erzeugung der Produktionsmittel, der Kapitalgüter, dehnt sich aus, die Erzeugung der genußreifen Waren schrumpft dagegen ein, während die Nachfrage nach ihnen sich nicht geändert hat, da die Gesamtmenge der Arbeitskräfte dieselbe geblieben ist. Die Preise der genußreifen Waren müssen also notwendigerweise anziehen, um Angebot und Nachfrage auszugleichen. Die Preissteigerung erzwingt eine Einschränkung des Verbrauchs, gleichzeitig erhalten aber Hersteller und Verkäufer dieser mannigfachen Waren einen Gewinnzuwachs, der dem durch Kredit beschafften Geldkapital entspricht, das zur Erfüllung der Mehrarbeit in der Produktionsmittelindustrie aufgewendet wurde. So entsteht im wirtschaftlichen Getriebe ganz von selbst der Zwang zu sparen, um die Erzeugung neuer Kapitalgüter zu ermöglichen.

Der Erfolg bleibt der gleiche, wenn wir annehmen, die Mehrarbeit in der Produktionsmittelindustrie werde durch ange-

spanntere Tätigkeit der bereits vorhandenen Arbeitskräfte unter Hinzuziehung neuer bisher brachliegender Kräfte, z. B. aus dem Nachwuchs der Bevölkerung, erledigt. Dann hat das Angebot, die Erzeugung gebrauchsreifer Waren, keine Einschränkung erfahren, aber in diesem Falle ist die Kaufkraft durch die Leistungssteigerung der alten und den Zuwachs der neuen Kräfte in den Produktionsmittelindustrien gewachsen. Eine Preissteigerung der Waren des Lebens-Kultur- und Luxusbedarfs muß wiederum ausgleichend eingreifen, sie übt den notwendigen Sparzwang aus.

Selbstverständlich können auch die Verbraucher freiwillig ihren üblichen Bedarf einschränken, Einkommensteile ersparen. Es wird aber trotzdem die gleiche Kapitalmenge angesammelt, wie in den soeben besprochenen Fällen, nämlich entsprechend der Mehrerzeugung von Produktionsmitteln, von neuen Kapitalgütern. Nur vollzieht sich die Ersparung reibungsloser, also leichter; denn durch die freiwillige Einschränkung der Nachfrage nach gebrauchsreifen Waren erfolgt der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage zu niedrigeren Preisen. Ebenso ist es denkbar, daß die Verbraucher ihren Bedarf vergrößern, Einkommensteile, die sie sonst freiwillig sparten, verzehren, dann müssen die Preise um so höher steigen, bis Angebot und Nachfrage sich ausgleichen. Die erforderliche Kapitalmenge wird also auch in diesem Falle erspart, nur unter ungünstigeren Bedingungen für die breite Masse der Verbraucher.

Mag die Erzeugung von Kapitalgütern, also die Anlage von Fabriken, Verkehrsanstalten, Häusern usw. in einer Hochkonjunktur noch so schnell zunehmen, im Ablauf des wirtschaftlichen Getriebes wird ganz von selbst die entsprechende Menge von Geldkapital und Forderungsrechten ausgeschieden, die ausreicht, um den Besitz der Neuanlagen durch Effektenkauf oder in einer anderen Form der Kapitalbeteiligung zu erwerben. Das geschieht auf demselben Wege, auf dem überhaupt jede Kapitalbildung erfolgt. Kapitalersparung und Kapitalgüterherstellung sind vom volkswirtschaftlichen Standpunkt die beiden Seiten desselben Vorganges.

Auch das Kapital, das zur ständigen gleichmäßigen Ausweitung des Wirtschaftskörpers z. B. entsprechend der Bevölkerungszunahme notwendig ist, wird ganz in derselben Weise erspart. Nur tritt der Vorgang nicht so deutlich zutage wie in einer Hochkonjunktur, weil im Wirtschaftsleben alle Kräfte nach einer Gleichgewichtslage streben, wodurch das Resultat eine andere

Form annimmt. Die Gleichgewichtslage wird um so mehr erreicht, je länger die ständige gleichmäßige Ausweitung anhält. Um also den Vorgang klar zu durchschauen, müssen wir von einer Volkswirtschaft ausgehen, die sich stetig entwickelt. In ihr ist ein Teil der Arbeitskräfte ständig mit der Herstellung unmittelbar genußreifer Güter beschäftigt. Um nun die Erzeugung dieser Güter dauernd in der bisherigen Menge aufrecht zu erhalten ist ständig ein Teil der Arbeitskräfte in den Produktionsmittelindustrien beschäftigt, die notwendigen Vorprodukte und die Ersatzstücke für verbrauchte Maschinen zu liefern. Demnach bestehen die Produktionskosten der genußreifen Güter, wenn wir zunächst vom Kapitalzins[1]) absehen, erstens aus den Löhnen und Gehältern der Arbeitskräfte, die sie unmittelbar angefertigt haben, und zweitens aus den Löhnen und Gehältern der Arbeitskräfte, die jene Vorprodukte und Ersatzstücke liefern. Die Nachfrage, die das Einkommen aller dieser Arbeitskräfte darstellt, ist also genau so groß wie die Produktionskosten der genußreifen Waren, könnte also das gesamte Angebot aufnehmen, wenn die Waren zu diesen Produktionskosten angeboten würden. Nun ist aber außerdem ein Teil der gesamten Arbeitskräfte der Volkswirtschaft ständig mit der Erzeugung neuer Kapitalgüter beschäftigt, die entsprechend der Bevölkerungsvermehrung erst in Zukunft einen Zuwachs an Waren und Leistungen ermöglichen sollen. Da sich die Nachfrage, die aus den Einnahmen dieser Arbeitskräfte entspringt, ebenfalls auf unmittelbar genußreife Güter richtet, so ist also deren Angebot im Verhältnis zur Gesamtnachfrage zu knapp. Die Preise müssen über die Produktionskosten steigen bis der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage erfolgt. So wird das Kapital erspart, das der stetigen Ausweitung des Wirtschaftskörpers entspricht. Der Vorgang ist also zunächst der gleiche, wie ihn auch die Hochkonjunktur bietet. Nun setzt aber das Streben nach einer Gleichgewichtslage ein. Die Erzeugung jener Güter, die am knappsten sind, die die höchste Preissteigerung, folglich auch die höchsten Gewinne erreichen, wird ausgedehnt. Die Folge ist, daß Produktionsmittel und Arbeitskräfte anderen Erzeugungszweigen entzogen werden, wodurch auch die in diesen Zweigen hergestellten Güter knapper werden. Die Bewegung dauert so lange fort, bis sich der Ausgleich vollzogen hat, bis alle Waren und Leistungen einen Preisaufschlag über die Produktionskosten aufweisen und zwar entsprechend den Kapitalmengen, die in den Unter-

[1]) Die Grundrente ist der Einfachheit halber überhaupt nicht berücksichtigt.

nehmungen arbeiten. Dieser Verteilungsschlüssel für die Preisaufschläge ergibt sich von selbst, wenn man bedenkt, daß die Knappheit an genußreifen Gütern ihren Grund hat in der Knappheit an Produktionsmitteln, die nach unserer Voraussetzung, entsprechend der steigenden Bevölkerung, auch ständig vermehrt werden müssen. Der Preisaufschlag auf alle Waren und Leistungen ist das Entgelt für die Benutzung der zu knappen Kapitalgüter. Er wird entrichtet in der Form des **Zinses.** Bedarf der Wirtschaftskörper entsprechend der Bevölkerungszunahme und, wie wir hier hinzufügen wollen, entsprechend den Fortschritten der Technik eine ständige Vermehrung der gesamten Kapitalgütermenge: Rohstoffe, Vorprodukte, Maschinen, Gebäude, Verkehrsmittel usw. von beispielsweise 4 %, dann stellt sich im Gleichgewichtszustande der Zinsfuß mindestens auf 4 % ein. Er muß über 4 % stehen, da eine Vermehrung des Kapitalgüterbestandes um 4 % sich nach dem Wert richten muß, den diese Kapitalgüter nach ihrer Fertigstellung hatten und nicht nach dem augenblicklichen Wert, der durch Verschleiß bereits mehr oder minder verringert ist. Es wird sich also der Zinsfuß auf eine Höhe zwischen 4 und vielleicht 6 % einstellen. Normalerweise müßte also der Zins auch nur für die Kapitalgütervermehrung verwendet werden, in Wirklichkeit geschieht das nicht. Manche Zinsen werden vernutzt, dafür werden manche Einkommensteile, die aus wirtschaftlicher Tätigkeit stammen, freiwillig erspart. Auf welchem Wege aber in allen Fällen das wirtschaftliche Getriebe eine Kapitalersparung entsprechend der Kapitalgüterbildung erzwingt, haben wir ja gesehen. Diese überaus einfache und, wenn man sie einmal erfaßt hat, geradezu selbstverständliche Erklärung der Entstehung der Kapitalbildung und des Kapitalzinses verdanken wir dem schwedischen Nationalökonomen Cassel[1]).

Kehren wir nun zur Kapitalbildung in der Hochkonjunktur zurück, die Darstellung bedarf noch einer Ergänzung. Sobald sich der Mehrgewinn im Erzeugungskreis der genußreifen Güter einstellt, beginnt auch hier das Streben nach einer Gleichgewichtslage, nur wird es immer wieder durchkreuzt durch die erneuten Steigerungen in der Kapitalgütererzeugung. Die Mehrgewinne geben also auch hier die Veranlassung, die Erzeugung der genußreifen Güter auszudehnen. Eine neue Mehrarbeit zur Beschaffung der nötigen Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Baustoffe usw. fließt

[1]) Cassel: Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag 1900, besonders Seite 90ff.
„ The nature und necessity of interest 1903.

den Produktionsmittelindustrien zu. So treibt ein Keil den anderen und immer wieder erfolgt in der geschilderten Weise die Ersparung des Kapitals entsprechend der reicheren Ausstattung des Wirtschaftskörpers mit Bergwerksanlagen, Fabriken, Eisenbahnen, Häusern usw. Da drängt sich die Frage auf: Nimmt die Bewegung kein Ende? Wenn sich mit den Neuanlagen auch das notwendige Kapital bildet, also Kapitalmangel nicht eintreten kann, warum brechen dann die Hochkonjunkturen ab?

In manchen Fällen ergibt sich die rückläufige Bewegung von selbst, wenn nämlich die außergewöhnliche Arbeitsfülle, aus der die Hochkonjunktur erwachsen ist, ihre Erledigung gefunden hat. Aber warum hat sich der Eisenbahnbau nicht ununterbrochen fortgesetzt, statt sich stoßweise zu vollziehen? Vielfach wird auch hier der eben erwähnte Grund mitsprechen; die aussichtsreichen Strecken wurden zuerst gebaut, dann trat eine Pause ein, bis sich mit der Entwicklung des Wirtschaftslebens die Gewinnaussichten weiterer Strecken gehoben hatten. Doch diese Erklärung genügt nicht.

Die Hochkonjunktur besteht darin, daß zur beschleunigten Erledigung der außerordentlichen Arbeitsfülle der Wirtschaftskörper mit Kapitalgütern reicher ausgestattet wird, um ihn leistungsfähiger zu machen. Je mehr aber die Zahl der Arbeitskräfte in den Kapitalgüterindustrien im Verhältnis zu jener in den Erzeugungszweigen der Gebrauchs- und Genußgüter zunimmt, desto unerträglicher werden die Preise dieser letzteren Güter anwachsen müssen. Das Ziel alles Wirtschaftens ist aber eine reichere, nicht eine knappere Güterversorgung. Im Hinblick auf eine zukünftig reichere Versorgung mit Gütern und Leistungen kann v o r ü b e r g e h e n d ein knapperes Angebot in Kauf genommen werden, nicht aber d a u e r n d. Dazu kommt eine z w e i t e hemmende Kraft. Dem rascheren Anschwellen der Nachfrage nach Kapitalgütern aller Art vermögen die Produktionsstätten nicht zu folgen, zumal die Ausweitung ihrer eignen Leistungsfähigkeit bei der Fülle der Aufträge begrenzt ist. Um also zu bremsen, die Nachfrage der Leistungsfähigkeit anzupassen, setzt auch hier eine Preissteigerung ein. Sie verteuert die neuen Häuser, die neuen Anlagen auf dem Gebiete der Erzeugung und des Verkehrs, sie drückt also ihre Gewinnaussichten herab. Eine Zeitlang mag die Bewegung noch weiterlaufen, mögen die steigenden Preise das wachsende Risiko überdecken, um so länger, je wilder die Spekulation und je williger das Kapital. Schließlich erlahmt aber die Lust der Unternehmer zur Errichtung neuer An-

lagen und die Lust des Kapitals, vor allem der großen Kreditspender, sich an ihnen zu beteiligen, und die beginnende rückläufige Bewegung schränkt die Willigkeit des Kapitals erst recht ein.

Ganz besonders möchte ich das Augenmerk auf die zwei Arten von Preissteigerungen, die nebeneinander laufen, lenken. Erstens: Die Preissteigerung der Genuß- und Gebrauchsgüter. Sie ist eine Folge der verhältnismäßig schnelleren Ausweitung der Kapitalgütererzeugung als der Verbrauchsgütererzeugung. Sie erzwingt die Ersparung des notwendigen Geldkapitals; sie ruft aber gleichzeitig den Anreiz hervor, die Herstellung der gebrauchsreifen Güter zu steigern. Zweitens: Die Preissteigerung der Produkte der Erweiterungsindustrien. Sie ist zunächst eine Folge der wachsenden Kosten zur Beschaffung der notwendigen Arbeitskräfte. Sie soll darüber hinaus auch als Anreiz zur Ausdehnung der eignen Leistungsfähigkeit dieser Industrien dienen. Ihr eigentlicher Zweck aber ist, die Bremsung der Nachfrage nach Kapitalgütern. Sie verteuert die Neuanlagen, so daß zu ihrer Ausführung ein größeres Kapital notwendig aufgewendet werden muß, aber sie ist auch wiederum zugleich das Mittel, dieses erforderliche Mehrkapital zu sparen.

Im Interesse unserer späteren Ausführungen müssen wir die Folgen, die aus der Preissteigerung der Erzeugnisse der Produktionsmittelindustrien erwachsen, soweit sie nur den Zweck haben, die Nachfrage nach Kapitalgütern einzudämmen, noch etwas genauer ins Auge fassen. Die Preissteigerungen dieser Industrien verteuern nicht nur die neuen Kapitalgüter, sondern, da sie ganz allgemein alle Produktionsmittel erfassen, also auch jene Rohstoffe, Vorprodukte, Werkzeuge usw., die dauernd in der Verbrauchsgüterindustrie vernutzt werden, müssen auch deren Erzeugnisse in gleicher Weise eine Preiserhöhung erfahren. Der in allen Preissteigerungen liegende Anreiz zur Erzeugungsausdehnung ruft einen wachsenden Wettkampf um die Arbeitskräfte hervor. Die Löhne und Gehälter klettern immer weiter hinauf, ohne daß schließlich noch neue Arbeitskräfte herangelockt werden und eine Verschiebung in der Verteilung der alten auf die einzelnen Erzeugungszweige erfolgt. Mit anderen Worten: eine Preissteigerung aller Waren und Leistungen setzt allmählich ein, weil die durch weitgehenden Kredit erzeugte zu große Nachfrage nach Kapitalgütern eingedämmt werden muß. Wir haben also hier den Fall einer allgemeinen Preissteigerung infolge Übersättigung des Wirtschaftslebens mit Zahlungsmitteln.

Mag die durch Kredit erzeugte Kaufkraft ihren Ausdruck finden in einer vermehrten Notenausgabe oder in einer Erhöhung der Bankguthaben, worüber die Kreditnehmer durch Scheck oder Umschreibung verfügen können, *eine Übersättigung des Verkehrs mit neuer Kaufkraft*, mit Umlaufsmitteln, *liegt jedesmal dann vor, wenn der gewährte Kredit nicht eine entsprechende Zunahme der Gütermenge*, also der Erzeugung, *hervorruft, sondern nur* in der geschilderten Weise mehr oder minder *eine Preissteigerung*. Dabei ist es im Falle einer vermehrten Notenmenge ganz gleichgültig, ob diese nach Vorschrift mit Metall gedeckt ist oder nicht. Denn die Golddecke sichert nur die Einlösung, kann aber nicht hindern, daß die Geldmenge im Verhältnis zum Bedarf der Volkswirtschaft zu groß wird. Es liegt also im Interesse jeder Zentralbank, die als Hüterin der Währung bestellt ist, durch Erhöhung des Zinsfußes übermäßige Kreditgewährung zu verhindern. Je höher der Zinsfuß, um so mehr schrumpft die Zahl der Unternehmungen ein, die zu diesem Zinsfuß noch ausgeführt werden können; der Kredit wird eingedämmt und die Übersättigung des Verkehrs mit Zahlungsmitteln bleibt erspart. Wird also dieses wichtige Hilfsmittel, die Nachfrage nach Kapitalgütern einzuengen, in der Hochkonjunktur nicht oder nicht genügend benutzt, geben die Banken zum bisherigen Zinssatz weiter Kredit, dann wachsen die Ansprüche an das Wirtschaftsleben über dessen tatsächliche Erzeugungskraft und die Preise müssen um so höher steigen, um die Einschränkung zu erzwingen[1]. Da in Jahren mittlerer Lebendigkeit ein großer Teil der Unternehmungen nicht bis zur Grenze ihrer vollen Leistungsfähigkeit beschäftigt ist und da das gleiche auch von der Gesamtheit der Arbeitskräfte gilt, ist es schwer zu sagen, wann die Ansprüche an das Wirtschaftsleben dessen Erzeugungskraft überschreiten, wann und wie hoch also die Zinsbremse einsetzen muß. Somit wird in den meisten Hochkonjunkturen die Einschränkung der Nachfrage nach Kapitalgütern durch Zins und Preissteigerung gemeinsam erzwungen. Es bleibt also in jeder Hochkonjunktur ein gewisser Spielraum für Übertreibungen, sowie auch mehr oder minder für eine vorübergehende Übersättigung des Verkehrs mit Zahlungsmitteln.

---

[1]) Vergleiche auch Cassel: The nature and necessity of interest S. 166 ff.

Die Kriegskonjunktur.

Die verstärkte Nachfrage nach Produktionsmitteln aller Art entspringt nicht nur aus der Ausdehnung des Wirtschaftskörpers, sondern ebenso aus der Verschiebung innerhalb der einzelnen Erzeugungsgebiete. Schwillt die Nachfrage nach bestimmten Waren an, während der Begehr nach anderen Erzeugnissen einschrumpft, so muß der begünstigte Zweig mit Rohstoffen, Vorprodukten und Produktionsmitteln aller Art, unter Umständen sogar mit Neuanlagen ausgestattet werden. Es wächst also die Arbeitsmenge der Produktionsmittelindustrie. Je größeren Umfang die Verschiebung annimmt, und je plötzlicher sie durchgeführt werden muß, desto eher wird die Erzeugung der Kapitalgüter den bisherigen Umfang erheblich übersteigen und somit alle jene Erscheinungen hervorrufen, die der Hochkonjunktur eigen sind. So ist der Krieg vom wirtschaftlichen Standpunkt notwendig eine Hochkonjunktur, nur sind die Vorgänge durch die mannigfachen Verschiebungen sehr undurchsichtig; jedoch erfolgt die Kapitalbildung, die zur Finanzierung notwendig ist, in ganz gleicher Weise wie bei jeder Hochkonjunktur[1]).

Mit dem Krieg scheidet ein großer Teil der Arbeitskräfte aus dem Wirtschaftsleben aus, er muß, um die gewaltige Arbeitslast zu bewältigen, ersetzt werden, vor allem durch die Frauen und später die Gefangenen. Ein voller Ersatz wird nicht immer möglich sein, zumal in einem Kriege, wie wir ihn führen. Die Kriegspflichtigen scheiden aber aus dem Kreise der Verbraucher nicht aus. Ihre Nachfrage hat zwar im ganzen einen geringeren Umfang als im Frieden, sie erstreckt sich in der Hauptsache auf Nahrung und Kleidung, Arzneien, Verbandsstoffe, Lesestoffe usw.

---

[1]) A. Lansburgh: Die Kriegskostendeckung und ihre Quellen 1915. J. Landmann: Die Kriegsfinanzen der Großmächte, Basel 1915. A. Feilner: Die Herkunft der Milliarden, Frankfurter Zeitung, Erstes Morgenbl. vom 13. 8. 1916. W. Th. Linnenkohl: Die Herkunft der Milliarden, Ztschr. f. Sozialwissenschaft, Neue Folge, 7. Jahrgang 1916. G. Cassel: Deutschlands wirtschaftliche Widerstandskraft, 1916, S. 159ff. H. Oswalt: Wirtschaftliches Durchhalten. 80. Heft der Sammlung: Der Deutsche Krieg 1916.

Wichtig ist, daß ihr Verbrauch an Nahrung und Kleidung den Friedensbedarf erheblich übersteigt. Dazu kommt aber zunächst auch die Nachfrage der Angehörigen dieser Kriegspflichtigen, soweit sie von ihnen abhingen und keine sonstigen Einnahmequellen besaßen. Die Nachfrage der Kriegsteilnehmer kann überhaupt nicht mehr auf Grund eigener wirtschaftlicher Leistung ausgeübt werden, — daß ein kleiner Teil hinter der Front wirtschaftlich tätig ist, soll unberücksichtigt bleiben — der Staat tritt größtenteils für sie ein. Soweit die Kriegspflichtigen im Wirtschaftsleben ersetzt werden, sagen wir der Einfachheit halber durch ihre Angehörigen, können diese aus ihren Einnahmen den eigenen Bedarf bestreiten und unter Umständen den im Verhältnis zum Frieden geringen Bedarf des Kriegsteilnehmers ersparen, also dem Staat durch Erwerbung von Kriegsanleihen die Auslagen ersetzen. Zum Teil aber kann die Zahl der Kriegsteilnehmer im Wirtschaftsleben nicht ersetzt werden und müssen Staat und Gemeinden auch noch ihre Angehörigen unterstützen. Es wächst der nicht wirtschaftlich tätige Teil der Bevölkerung, der sonst hauptsächlich aus Kindern, Kranken, Invaliden und Greisen besteht; er muß von der Gesellschaft erhalten werden. Die endgültige Aufbringung der Mittel, die Staat und Gemeinden zunächst vorschießen, erfolgt wiederum in derselben Weise wie die Kapitalbildung für produktive Zwecke. Die Gesamtheit der Arbeitskräfte teilt sich, wie wir sahen, in jene, die für die Erzeugung genußreifer Güter arbeiten, und jene, die den Vorrat an Kapitalgütern vermehren. Ihrer Gesamtnachfrage, durch die auch gleichzeitig der Bedarf der nicht wirtschaftlich Tätigen gedeckt wird, steht das Angebot der genußreifen Güter gegenüber und danach richtet sich die Preisbildung. Wird nun aber die Zahl der nicht wirtschaftlich Tätigen plötzlich durch die Kriegsteilnehmer und einen Teil ihrer Angehörigen vermehrt, und deren Nachfrage durch öffentliche Mittel wirksam erhalten, dann müssen die Preise der Verbrauchsgüter um so höher steigen, um diese Mehrnachfrage, die zur Kaufkraft der wirtschaftlich Tätigen hinzutritt, mitzudecken Hier stoßen wir auf die erste Ursache, die eine Preissteigerung der genußreifen Güter erzwingt. Durch den Mehrgewinn erfolgt die Kapitalbildung, die zum Beispiel durch den Erwerb von Anleihen zur Finanzierung der entsprechenden staatlichen und kommunalen Kriegskosten dienen muß.

Die Kosten von Nahrung und Kleidung für die Angehörigen des Heeres und der Marine werden, ihrem Kennzeichen als Ge-

brauchsgüter entsprechend, im Frieden durch Steuern aufgebracht. Da diese Kosten aber im Kriege gewaltig anschwellen, deckt man sie meist durch Anleihen. Wie sich das Kapital zur Zeichnung dieser Anleihen bildet, haben wir soeben erörtert. Es bleibt jetzt noch die Kapitalbildung für die Beschaffung des eigentlichen Kriegsgeräts klarzulegen.

Waffen und Munition, Flugzeuge und Automobile, kurz das gesamte Kriegsgerät, gehören im Grunde auch zu den Gebrauchsgütern, sie müßten also, da sie zum Schutze aller dienen, normalerweise aus den laufenden Einkommen durch Steuern gedeckt werden. Aber schon im Frieden zieht man es vor, den Anleiheweg zu beschreiten, um den Druck auf die Privatwirtschaft des Einzelnen zu mildern, ihn auf eine größere Reihe von Jahren zu verteilen. Da das Kriegsgerät nicht Gegenstand der Nachfrage der Einzelnen ist, wirkt die Ausdehnung seiner Erzeugung auf die Preisbildung der genußreichen Güter ebenso wie eine Ausdehnung der Kapitalgütererzeugung, somit müssen wir in den folgenden Erörterungen die Herstellung beider Güterarten zusammenfassen.

Der Krieg stellt eine außerordentliche Nachfrageverschiebung dar. Der gewaltig gesteigerten Erzeugung von Kriegsgerät steht die Mindererzeugung der eigentlichen Kapitalgüter gegenüber; denn die übliche Ausweitung des Wirtschaftskörpers unterbleibt mehr oder minder, da alles auf den Krieg eingestellt wird. Je mehr die Erzeugung von Kapitalgütern eingeschränkt werden kann, desto geringer ist auch die Gesamtarbeit, die zur Beschaffung des Kriegsgeräts und der Kapitalgüter aufgewendet werden muß, desto leichter auch die Kapitalbildung. Der Weg, auf dem sie erfolgt, bietet jetzt keine Schwierigkeit mehr, man muß ihn allerdings nur in seinen Hauptlinien betrachten.

Eine große Zahl Arbeitskräfte wird dem Wirtschaftsleben durch den Krieg entzogen, andere Kräfte springen als Ersatz ein, die Gesamtmenge ist aber kleiner geworden und außerdem ist diese kleinere Menge auch weniger leistungsfähig als die gleiche im Frieden. Nehmen wir nun der Einfachheit halber an, diese Menge verteile sich zunächst auf die einzelnen Erzeugungsstätten so, daß sich das Friedensverhältnis zwischen den gesamten Arbeitskräften, die der Gebrauchsgütererzeugung dienen, und jenen, die an der Erweiterung des Kapitalgüterbestandes und des Kriegsgeräts arbeiten, nicht geändert habe. Ferner wollen wir auch die Nachfrage der Kriegsteilnehmer und die ihrer Angehörigen, soweit

sie nicht wirtschaftlich tätig sind, ausschalten; der Einfluß dieser Nachfrage auf die Preisbildung ist ja bereits klargelegt. Unter diesen beiden Voraussetzungen können wir sagen, die Preise müssen sich auf die Friedenshöhe einstellen. Damit haben wir die Basis für eine klare Darstellung der weiteren Entwicklung gewonnen. Nun beginnt der Krieg seine Wirkung auszuüben. Die Nachfrage nach Kriegsgerät schwillt immer stärker an. So lange zu ihrer Befriedigung noch die Arbeitskräfte ausreichen, die in der Kapitalgüterindustrie frei werden, weil die Ausweitung des Wirtschaftskörpers unterbleibt, ändert sich nichts in der Preisbildung. In diesem Falle werden die Kriegskosten durch einen Teil der üblichen Ersparung aufgebracht. Reichen aber diese Arbeitskräfte nicht mehr aus, dann müssen sie den anderen Erzeugungsstätten entzogen werden. Es schrumpft die Herstellung genußreifer Güter immer mehr ein; die Preissteigerung beginnt. Nun nimmt aber nicht nur die Erzeugung der weniger wichtigen Waren des Lebensbedarfs ab, sondern das Angebot aller Waren, auch der des Existenzbedarfs wird mehr oder minder herabgedrückt. In der Landwirtschaft fehlt es an Menschen und Zugtieren und, wenn die Abschlachtung des Viehes die normalen Grenzen überschreitet, an den Erzeugern wichtiger Lebensmittel und des Stalldüngers. Aber zu den Erzeugern der Nahrungsmittel gehören nicht nur die Landwirte, sondern auch alle jene Arbeitskräfte, die die landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen, den künstlichen Dünger usw. herstellen. Sinkt die Zahl dieser Arbeitskräfte, so nimmt auch die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft ab. Wir haben in Deutschland als Ersatz für den Chilesalpeter Stickstoffindustrien errichtet, aber bei der gewaltigen Arbeitsfülle, die der Krieg dem Wirtschaftsleben mit seinen verminderten Kräften aufbürdet, war es bisher nicht möglich, die Leistungen der Stickstoffwerke so rasch zu heben, daß neben dem Bedarf für Munitionserzeugung auch der Düngerbedarf der Landwirtschaft ausreichend befriedigt werden kann. Andere Nahrungsmittel werden zum Teil ihrem regelrechten Zweck entzogen und dienen der Kriegsindustrie, wie z. B. der Zucker, der zur Munitionserzeugung verwendet wird. Die Landwirte, die Zuckerrüben bauen, müssen also zum Teil den Munitionsarbeitern zugerechnet werden. Deutschland bezog im Frieden wichtige Stoffe zur unmittelbaren und mittelbaren Deckung seines Existenbedarfs: Nahrungsmittel, Viehfutter, Düngemittel, Textilstoffe usw. aus dem Auslande. Da sie mit deutschen Waren und Leistungen (Schiffahrtsdiensten usw.)

bezahlt wurden, arbeiteten diese Wirtschaftskreise mittelbar für die Deckung der heimischen Nachfrage nach wichtigen Genuß- und Verbrauchsgütern. Auch ohne die englische Absperrung würde infolge des erheblichen Bedarfs an Arbeitskräften in den Kriegsindustrien jener Bezug von außen mehr oder minder eingeschrumpft sein, es sei denn, er erfolge statt im Austausch mit heimischen Waren und Leistungen durch Hinaussenden von Effekten. Doch soll die Effektenversendung, wie die Kreditbenutzung hier noch nicht behandelt werden.

Fassen wir das Resultat nochmals zusammen: Je umfangreicher der Krieg wird, je mehr der Bedarf an Kriegsgerät aller Art anschwillt, desto mehr muß notwendig die Erzeugung der genußreifen Güter einschrumpfen, desto höher müssen bei gleicher Nachfrage die Preise klettern. Hier stoßen wir auf den zweiten Grund, der eine Preissteigerung der genußreifen Güter verlangt, und durch diese wird das Kapital erspart, das zur Finanzierung des Krieges, soweit die Beschaffungskosten für das Kriegsgerät in Frage kommen, ausreicht. Nehmen wir nun die erste Ursache, die eine Preissteigerung der Genuß- und Verbrauchsgüter erzwingt, hinzu, die darin liegt, daß der Staat und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften den Lebensbedarf der Kriegsteilnehmer und ihrer nicht wirtschaftlich tätigen Angehörigen decken, dann begreifen wir, daß eine zunehmende, ganz erhebliche Preissteigerung aller Güter des engeren und weiteren Lebensbedarfs aus wirtschaftlichen Gründen **notwendig** im Kriege erfolgen muß, und daß auf diesem Wege ganz von selbst das Kapital zur Finanzierung des Krieges erspart wird. Unterstützend greift ein die normale Kapitalersparung, für die, wie wir sahen, der Zinsfuß maßgebend ist allerdings nur soweit, als sie nicht durch die Erweiterung bestehender und Schaffung neuer Unternehmungen, die ja im Kriege nicht völlig aufhört, in Anspruch genommen wird.

Zweierlei sei hier bemerkt. Erstens: Je mehr die Einzelnen ihren Bedarf einschränken, freiwillig Einkommensteile ersparen, eine desto geringere Preissteigerung genügt, um Angebot und Nachfrage auszugleichen, desto geringer ist also der Druck, der besonders auf den breiten Massen lastet. Zweitens: Es müssen die Gewinnzuschüsse, die aus der Preissteigerung entstehen, auch möglichst unmittelbar der Kriegsfinanzierung zugeführt werden. Gewiß werden diese Summen schließlich doch erspart, in Kriegsanleihen angelegt, wenn sie auch im Warenkauf zunächst durch

einige Zwischenhände weiterwandern. Aber es besteht auf dieser Wanderung die Gefahr, daß die Summen den Anreiz geben, die Anfertigung dieser Waren, vor allem der Luxuswaren, auszudehnen, während die Größe des Krieges dringend verlangt, die Erzeugung möglichst auf die Güter des Existenzbedarfs und des Kriegsbedarfs einzustellen[1]). Wo diese Einstellung freiwillig erfolgt, ist die Einführung des »vaterländischen Hilfsdienstes«, unnötig. Wird die Herstellung der Güter des Luxusbedarfs und des entbehrlichen Kulturbedarfs aufrecht erhalten, dann klettern infolge der allgemeinen starken Nachfrage die Löhne um so höher empor und bewirken eine weitere Verteuerung aller Erzeugnisse. Eine Anfertigung von Luxus- und entbehrlichen Kulturgütern sollte nur insoweit fortgesetzt werden, als sich diese Waren für die Ausfuhr geeignet erweisen, um für uns unentbehrliche Erzeugnisse hereinzuholen.

Eine Preissteigerung vollzieht sich aber nicht nur im Kreise der Existenz-, Kultur- und Luxusgüter, sondern auch die Preise in der Produktionsmittelindustrie steigen erheblich empor und, das sei hier zunächst hervorgehoben, sie verteuern dadurch mehr oder minder wiederum fast alle Güter der ersten Art. Somit stoßen wir hier auf den dritten Grund, der eine Preiserhöhung der genußreifen Güter verlangt.

Das Anziehen der Preise der Produktionsmittel aller Art unter Einschluß der Produkte der Kriegsindustrien hat dieselbe Ursache und denselben Zweck, wie in den Friedenskonjunkturen: es soll anreizen und bremsen. Um eine möglichst rasche und weitgehende Umstellung der Industrie auf die Erzeugung von Kriegsgerät oder ihrer Vorprodukte zu erzwingen, ist eine erhebliche Preiserhöhung notwendig. Die Umstellung wird um so kostspieliger, je mehr Unternehmungen zur Deckung des Kriegsbedarfs herangezogen werden müssen und je weniger ihre Friedenserzeugung mit der neuen Kriegserzeugung sich berührte. Bei dem hohen Risiko muß ein günstiger Gewinn locken, der auch noch eine Rücklage ermöglicht, die später der Überleitung zur Friedenserzeugung dienen soll. Daß der Preis den alten eingearbeiteten Unternehmungen besonders reiche Gewinne in den Schoß wirft, ist eine selbstverständliche Folge, die sich nicht umgehen läßt. Aber die hohen Preise sollen auch bremsen, sie sollen jede entbehrliche Gütererzeugung hemmen, die Nachfrage nach Produk-

[1]) Vergl. auch: Dietzel: Krieg und Sparpflicht. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Bd. 107. 1916.

tionsmitteln für diese Zwecke unterbinden, wodurch die Arbeitskräfte für die wichtige Kriegserzeugung frei bleiben. Die außergewöhnliche Inanspruchnahme der Industrie und des Verkehrs ruft außergewöhnlichen Verschleiß hervor. Wenn die Ersetzung, soweit sie überhaupt aufgeschoben werden kann, unterbleibt, so ist das hauptsächlich eine Folge der hohen Produktionsmittelpreise. Die Zinsbremse darf im Kriege nicht wie im Frieden benutzt werden. Eine allgemeine Erhöhung des Zinsfußes würde — ganz abgesehen von den Nachteilen, die dem Staat aus der Begebung hochverzinslicher Anleihen erwüchsen — nicht nur die entbehrliche Erzeugung, sondern auch die notwendige Umstellung der Industrie hemmen, die zu ihrer Durchführung weitgehendste Kredithilfe bedarf.

Der Enderfolg der Verteuerung aller Rohstoffe, Vorprodukte, Produktionsmittel usw., die der Erzeugung von Kriegsgerät dienen, ist natürlich ein erhebliches Anschwellen der Kriegskosten, aber wiederum genau wie im Frieden, wird auch durch die Preiserhöhung das Kapital gebildet, das zur Deckung der Mehrkosten erforderlich ist. Ebenso stehen die nicht geringen Summen, die durch die Unterlassung aller entbehrlichen Erneuerungsarbeiten an Kapitalgütern erspart durch Abschreiben zurückgestellt werden, der Kriegsfinanzierung zur Verfügung.

Blicken wir zurück und fassen wir die Resultate zusammen, so finden wir unsere Behauptung bestätigt: Der Krieg ist wirtschaftlich eine Hochkonjunktur und die Kapitalbildung zur Deckung der Kriegskosten vollzieht sich in der gleichen Weise wie in jeder Friedenshochkonjunktur, hält also mit den Kosten Schritt. Folglich kann wirtschaftlich der Krieg solange dauern, als die dem Wirtschaftsleben verbliebenen Arbeitskräfte und die Bodenschätze ausreichen, den gesamten Existenz- und Kriegsbedarf zu decken.

Die gewaltige Arbeitslast, die der Krieg dem Wirtschaftsleben aufbürdet, läßt sich nun auf zwei Wegen mildern: 1. durch den Verbrauch der Vorräte und 2. durch die Inanspruchnahme des Kredites im Ausland.

Nach der bisherigen Darstellung zehrt der Krieg am volkswirtschaftlichen Kapital, nur so weit aus Mangel an Arbeitskräften, Raubbau in Landwirtschaft, Industrie und Verkehr getrieben werden mußte, also so weit z. B. die dem Boden entzogenen Nahrungsstoffe nicht durch Dünger ersetzt, oder der Verschleiß der

Maschinen nicht ausgeglichen werden konnte. Ein tieferer Eingriff in das volkswirtschaftliche Kapital erfolgt, wenn ein Volk im Kriege gezwungen ist, seine Vorräte an Rohstoffen, Vorprodukten, Fabrikaten, Nahrungs- und Genußmitteln anzugreifen. Um die Schwankungen zwischen Angebot und Nachfrage leichter auszugleichen, werden in jeder Volkswirtschaft, besonders in den vom Auslande bezogenen Gütern, Vorräte gehalten. Die Auslandswaren sind durch heimische Erzeugnisse und Dienste erkauft. Reichen die Arbeitskräfte nicht mehr aus, genügend Gegenwerte zu liefern, oder sperrt der Feind die Grenzen, dann müssen die Vorräte vernutzt werden. Sind sie groß genug, um bis zum Ende des Krieges den Bedarf zu decken, so ist, besonders wenn es sich um wichtige Stoffe handelt, der Arbeitsaufwand zu ihrer Beschaffung wenigstens während des Krieges erspart, die Arbeitslast des Krieges vermindert. Es handelt sich hier, wie in den Fällen, die wir als Raubbau in Landwirtschaft, Industrie und Verkehr bezeichnet haben, nur um eine Verschiebung der Arbeitsleistung auf die Zeit nach dem Friedensschluß, denn auch jene Vorräte müssen später wieder ergänzt werden. Somit hat diese Verschiebung der Arbeitslast auch eine Erleichterung der Kriegsfinanzierung zur Folge, die durch den Verbrauch der Vorräte zeitweilig frei werdenden Kapitalien finden die beste Anlage in Kriegsanleihen. Reichen dagegen die Vorräte der unentbehrlichen Stoffe nicht bis zum Kriegsende, dann muß rechtzeitig für Ersatz gesorgt werden. In diesem Falle tritt an die Stelle der Verschiebung der Arbeitslast eine erhebliche Vermehrung; denn die Anlagen, die die Gegenwerte für die eingeführten Waren lieferten, sind vorhanden und nur stillgelegt, die Anlagen, die jene Ersatzstoffe, z. B. für Kupfer, Gummi, Salpeter, Öle, Benzin, Baumwolle usw. liefern sollen, müssen erst geschaffen werden. Man darf also die Hilfe, die in dem Verbrauch dieser Vorräte liegt, nicht überschätzen.

Zu den soeben gekennzeichneten Vorräten treten jene hinzu, die Teile von Häusern, Maschinen usw. oder die Haushaltungsgegenstände z. B. aus Kupfer, Nickel, Gummi darstellen. Der Verbrauch dieser Vorräte wird in sehr vielen Fällen einen sofortigen Ersatz verlangen, so daß es schwer zu sagen ist, ob die Arbeitslast des Krieges durch ihre Benutzung vermehrt oder vermindert wird.

Als Kapitalvorräte, durch deren Verwertung ein Volk seine Kriegslast zu mildern vermag, kann man auch die ausländischen Effekten bezeichnen, allerdings nur wenn die Landesgrenzen nicht gesperrt sind. Die ausländischen Effekten sind die Gegenwerte

früherer wirtschaftlicher Leistungen, die das Ausland nicht durch Waren und Dienste begleichen konnte, so daß es in Schuldverpflichtungen geriet. Somit sind diese Effekten auch in Kriegszeiten das geeignetste Mittel, die Hilfe des Auslandes zur Deckung des heimischen Existenz- und Kriegsbedarfs heranzuziehen und dadurch die heimischen Arbeitskräfte zu entlasten. Es ist unzweifelhaft ein Erfolg Englands, daß es uns diese Möglichkeit, unsere Kriegslast zu erleichtern, genommen hat, während es selbst bis vor kurzem die ganze Weltwirtschaft zur Deckung seines und seiner Verbündeten Kriegsbedarfs ungehindert heranziehen konnte.

Wesentlich ungünstiger ist die Lage der Volkswirtschaft, wenn sie die Hilfe des Auslandes nur durch Kredit, sei es ohne Deckung, sei es mit Deckung, also durch Hinaussenden von heimischen Effekten erkaufen kann. Diesen Weg wird man nur dann einschlagen, wenn die eignen Arbeitskräfte den Gesamtbedarf nicht mehr zu decken vermögen; allerdings verlangt seine Benutzung, daß der Krieg beendet sei, ehe die Grenze des Kredits erreicht ist.

Vorratsverbrauch und Kreditinanspruchnahme sind bei uns untergeordnete Hilfsmittel, wenn sie auch, besonders der Vorratsverbrauch, nicht unterschätzt werden dürfen. Bei weitem die Hauptaufgabe fällt der produktiven Tätigkeit der Volkswirtschaft zu, die folglich auch durch die Preisbildung das Geldkapital zur Verfügung stellt. Soweit nicht freiwillige Ersparung erfolgt, müssen in erster Linie die Kriegskosten durch die Preissteigerung der Waren des Existenz-, Kultur- und Luxusbedarfs aufgebracht werden, zum kleineren Teil werden sie durch die Preishebung in der Produktionsmittelindustrie sowohl verursacht wie gedeckt. Dieser natürliche Weg der Kapitalbildung hat das Mißliche, daß auch die Waren des täglichen Bedarfs der Verteuerung unterliegen. Um die Not der breiten Massen, besonders jener Kreise, die an den von den Kriegsindustrien ausgehenden erheblichen Lohnerhöhungen nicht teilnehmen, zu lindern, setzen die Bestrebungen der Preisregulierung ein. Da taucht die Frage auf, sind die Bemühungen vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus berechtigt? Nach der Darlegung der Zusammenhänge bedarf es keines Nachweises mehr, daß die heute so oft vertretene Forderung, die Preise dürften nur den Produktionskosten zuzüglich eines angemessenen Gewinnaufschlages, etwa in der Höhe der Friedenszuschläge entsprechen, **barer Unsinn** ist. Andererseits ist aber eine Preisregulierung nicht völlig unberechtigt, denn bei der

dringenden Nachfrage nach genußreifen Gütern können die Preise, besonders, wenn die Waren zurückgehalten oder gehamstert werden, über das Maß hinaussteigen, das zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage erforderlich ist. Diese Höhe reicht völlig aus, um die Erzeugung der wichtigen Güter des Existenzbedarfs anzuspornen, und ebenfalls, um die Kriegskosten aufzubringen. Es ist durchaus irrig, zu behaupten, ein höherer Preis liege im Interesse der Kriegsfinanzen, im Gegenteil, die Gewinne aus den Überpreisen — wie ich sie nennen will — verleiten meist zur ausgiebigen Befriedigung des Luxusbedarfs, wodurch die entsprechenden Industriezweige mehr Arbeitskräfte festhalten, als es dem Interesse des Vaterlandes dienlich ist. Sind die Überpreise als nachteilig zu bezeichnen, so ist es doch unmöglich zu sagen, wie hoch der in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründete Preis sein muß, wodurch jede sachgemäße Preisregulierung geradezu in Frage gestellt wird; denn mindestens ebenso schädlich wie die Überpreise, wenn nicht noch schädlicher, sind die Unterpreise, da sie heillose Verwirrungen hervorrufen. Abgesehen davon, daß sie den wichtigen Anreiz zur Erzeugung der zum Leben notwendigen Güter schwächen oder völlig aufheben, bewirken sie eine weitgehende Verschiebung aller Preisverhältnisse. Werden die Preise künstlich auf eine Höhe hinabgedrückt, die dem Angebot- und Nachfrageverhältnis nicht entspricht, dann wird die frei gewordene Kaufkraft nur im bescheidenen Ausmaß freiwillig erspart, in der Hauptmasse stürzt sie sich auf andere Objekte, treibt deren Preise umso höher. Jede Verschiebung in dem Preisverhältnis der Waren untereinander übt wiederum ihren Einfluß auf die Erzeugung aus. Als Beispiel möge die Landwirtschaft dienen. Beckmann schildert uns in seinem Aufsatz: »Organisation der agraren Produktion im Kriege«[1]) in anschaulicher Weise die Wirkung der Preisverschiebungen unter den mannigfachen landwirtschaftlichen Produkten auf ihre Erzeugung. Weil sich die Preise im Wirtschaftsleben nicht für jedes Produkt selbständig bilden, sondern in gegenseitiger Abhängigkeit, ist auch eine Preisregulierung so außerordentlich schwierig; denn sie muß, soll sie sachgemäß sein, auf alle diese Wechselbeziehungen Rücksicht nehmen, was wiederum kaum möglich ist, da die gegenseitigen Abhängigkeiten nicht offen zutage liegen. Werden nur einige Preise herausgegriffen und festgelegt, dann müssen notwendig

---

[1]) Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Neue Folge VII, Jahrg. 1916.

mannigfache nachteilige Folgen eintreten. Die Schwierigkeit der Preisfestsetzung habe ich in einem Vortrage: »Preisbildung und Preispolitik im Frieden und im Kriege« behandelt, auf den ich verweisen möchte[1]).

Es ist aber im Interesse der unteren Kreise, um ihnen das Durchhalten im Kriege zu erleichtern, eine Festsetzung der Preise erwünscht, nicht in der Höhe, wie sie dem Angebot und Nachfrageverhältnis entspricht, sondern darunter. Wie kann dieser Forderung entsprochen werden, ohne jene nachteiligen Folgen, die wir soeben erörtert haben, hervorzurufen, oder wenigstens allzustark hervortreten zu lassen? Zunächst muß hier hervorgehoben werden, daß jede Preisregulierung zu knapper Waren zugunsten der breiten Massen notwendig die Beschlagnahmung und Vorratsverteilung verlangt. In dem erwähnten Vortrag wies ich schon darauf hin, daß man notwendig zwei Preise stellen müsse: einen Ankaufspreis für die Erzeuger, der den wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht, und einen Verkaufspreis für die Verbraucher, am besten nur für die Verbraucher unterhalb einer bestimmten Steuergrenze. Der Unterschied zwischen den beiden Preisen muß natürlich gedeckt werden. Nun stellten wir bereits fest, daß sich die Kaufkraft, die durch die zu niedrig festgesetzten Preise frei wird, auf andere Waren stürzt und deren Preise empor treibt. Diese Preisverschiebung läßt sich nicht ganz vermeiden, und hat notwendig nachteilige Folgen, die aber in diesem Falle nicht so schlimm sind, da durch die hoch gehaltenen Ankaufspreise die Verschiebung nicht so groß ist. Etwas lassen sich die Nachteile außerdem noch dadurch mildern, daß zur Deckung des Unterschiedes zwischen den An- und Verkaufspreisen die Gesamtnachfrage durch eine Einkommensteuer gekürzt wird.

Die zum Teil außerordentlichen Gewinne in den Produktionsmittel- und Kriegsindustrien haben ebenfalls den Gedanken nahe gelegt, auch die Preise ihrer Produkte zu regulieren. Daß die Preise notwendig erheblich steigen müssen, um einerseits die Ausdehnung der Erzeugung zur Deckung des dringenden Bedarfs zu erzwingen, andererseits jede entbehrliche Inanspruchnahme dieser Industrien zu verhindern, haben wir bereits klargestellt. Aber die Preise können auch hier infolge der Dringlichkeit der Nachfrage und der Monopolstellung der Industrien im Kriege über das notwendige Maß hinaus empor klettern. Nur insofern kann man von falschen Ausgaben unter den Kriegskosten sprechen.

[1]) Erschienen bei G. Fischer 1916.

Eine Regulierung ist also berechtigt, aber wer will sagen, wie hoch der Preis steigen darf, um seine Zwecke zu erfüllen. Unterpreise werden auch hier meist größeren Schaden stiften als Überpreise. Dazu kommt, daß sich die Regulierungen notwendig nicht auf die Preise der mannigfachen Kriegsgeräte beschränken können, sondern auch die Vorprodukte und Rohstoffe ergreifen müssen. Die Rohstoffe und Vorprodukte gehen aber nicht nur in Kriegswaren, sondern auch in Friedenswaren über, wodurch jede Preisregulierung, folglich auch jeder Mißgriff, weitere Kreise zieht. Ergreift endlich die Regulierung nicht alle Preise, und setzt sie sie nicht, was wiederum außerordentlich schwierig ist, in ein richtiges Verhältnis zueinander, dann besteht die Gefahr, daß der dringendste Bedarf nicht ausreichend befriedigt wird, weil sich die Erzeugung auf gewinnbringendere Waren verlegt hat. Der große Reichtum Deutschlands an Kartellen und Unternehmerverbänden aller Art erleichtert die schwierige Arbeit. Hier sitzen Köpfe, denen das Instrument der Preisregulierung und seiner Wirkungen nicht mehr fremd ist.

Die Konjunkturaussichten nach dem Kriege.

Die bisherigen Ausführungen über den Einfluß des Krieges auf die Wirtschaftslage beschränken sich auf die Zeit, in der noch die Waffen sprechen. Wir haben aber bereits betont, daß sich die wirtschaftlichen Folgen des Krieges auch noch auf die Zeit nach dem Friedensschluß erstrecken. Die Frage, ob nach dem Kriege eine Hochkonjunktur komme, ist von den meisten Schriftstellern und Rednern bejaht worden, nur wenige glauben eine gedrückte Wirtschaftslage prophezeien zu müssen.

Blickt man auf die Arbeitsfülle, die nach dem Kriege vom Wirtschaftsleben bewältigt werden muß, dann ist es gar nicht zweifelhaft, daß das Gesamtbild der Hochkonjunktur entsprechen wird. Zu den Aufgaben, die nicht alle aufgezählt werden können, gehören die Wiederherstellung der Schlagfertigkeit des Heeres und der Marine, die im Kriege unterlassenen Erneuerungsarbeiten in Landwirtschaft, Industrie und Verkehr — ganz besondere Aufgaben wird der Schiffbau erwarten dürfen — ferner die Wiederauffüllung der zum Teil völlig geräumten Vorräte und Warenlager aller Art usw. Auch das Ausland hat erheblichen Bedarf bei aufgespeicherter Kaufkraft. Die Länder haben für ihre Waren und wirtschaftlichen Dienste im Kriege zum großen Teil nur Gold oder Effekten als Gegenwerte erhalten und zwar in einem Ausmaß, daß Schweden z. B. die Goldeinfuhr sperrte. Der Tausch von Waren und Leistungen dieser Länder mit ihren Partnern ist also unterbrochen, der zweite Akt des Tausches wird im Frieden folgen. Allerdings haben wir den Bedarf dieser Länder nicht allein zu decken, auch ist zu berücksichtigen, daß die Leistungsfähigkeit der Neutralen teilweise erheblich gewachsen ist, aber Anteil an der Deckung nehmen wir als führendes Industrievolk sicher in erheblichem Maße. So schwillt die Arbeitsmenge, die unserer harrt; es wächst aber auch mit der Rückkehr der Krieger wieder die Zahl der Arbeitskräfte, sie zu bewältigen. Zwar scheiden die Ersatzkräfte: die Gefangenen und ein mehr oder minder großer Teil der Frauen wieder aus. Jedoch mit Rücksicht auf die ver-

ringerte Leistungsfähigkeit der rückkehrenden Krieger einerseits und die Fülle der Aufgaben andererseits wird die Gesamtzahl der Arbeitskräfte erheblich hinter dem Bedarf zurückbleiben. Warum sollte nach einer kurzen Übergangszeit der neue Aufschwung nicht folgen?

Der erste Einwand lautet: Aus Mangel an Kapital; der Krieg hat enorme Mengen von Kapital verschlungen, die fehlen uns. Daß der Krieg enorme Summen verschlungen hat, ist richtig; daß sie uns fehlen, in dem Sinne, wie es gemeint ist, nämlich zur Finanzierung der Friedensarbeit, ist falsch. Die gewaltigen Summen wären, wenn der Krieg nicht die wirtschaftliche Entwicklung unterbrochen hätte, zum bei weitem größten Teil für genußreife Güter und für Dienste aller Art ausgegeben worden, ständen uns insoweit auch nachher nicht mehr zur Verfügung. Für diese Summen sind im Kriege ebenfalls Güter des Lebensbedarfs erworben worden, in der Hauptmenge jedoch Kriegsgerät, Güter, die nach dem Kriege ganz oder nahezu ganz vernutzt sind. Zum kleinsten Teil wären die Summen, die der Krieg verschlungen hat, zur Ausweitung des Wirtschaftslebens, zur Steigerung seiner Leistungsfähigkeit verwendet worden, ständen uns also auch nur noch in den Wirkungen dieser neuen Kapitalgüter zur Verfügung, nicht mehr als Geldkapital. Vielleicht ist folgende Darstellung noch deutlicher und weniger leicht irrigen Auslegungen zugänglich; denn es könnte einer behaupten, die Summen gehen, auch wenn sie ausgegeben sind, dem Wirtschaftsleben nicht verloren, sondern wandern weiter. Also: Die Summen stellen nur den Geldwert der Produkte dar, sie sind folglich letzten Endes das Spiegelbild der gesamten Leistungen, die zu deren Erzeugung aufgebraucht wurden. So wenig wie uns diese Leistungen nach ihrem Verbrauch noch zur Verfügung stehen, ebenso wenig die Summen, die ihren Geldwert verkörpern.

Sehen wir von dem großen Menschenverlust und von der Herabdrückung der Leistungsfähigkeit der überlebenden Krieger ab, so besteht der Nachteil, den der Krieg unserem Wirtschaftsleben zugefügt hat, in Kapitalverlusten: 1. Produktionsmittel aller Art, Kapitalgüter, sind durch die Verwüstungen der Gegenden, die Schauplatz des schweren Ringens gewesen sind, vernichtet worden. Dieser Verlust ist bei uns im Innland verhältnismäßig klein und zum Teil schon wieder ausgeglichen, während in unseren Kolonien allem Anschein nach erheblich größere Werte verloren gegangen sind. 2. Der Verbrauch der Vorräte und der notwendige

Raubbau in Landwirtschaft, Gewerbe und Verkehr bedeuten Kapitalgüterverluste, Schwächung unserer Produktivkraft. 3. Wir haben mit dem dauernden oder vorübergehenden Verlust von Fabriken, Handelsgeschäften und sonstigen Unternehmungen Deutscher in den Ländern der Feinde zu rechnen und das gleiche gilt von unserem Effektenbesitz, soweit er sich in den Händen der Feinde befindet, welcher Verlust allerdings zum Teil durch Effekten der Feinde, die bei uns ruhen, ausgeglichen werden kann. 4. Wird auch nach dem Kriege der Verkehr mit den feindlichen Ländern gehemmt, z. B. durch hohe Zollschranken, dann tritt eine gewisse Kapitalentwertung in jenen Produktionsstätten und Verkehrsunternehmungen ein, die vor dem Kriege die Gegenwerte für die aus den feindlichen Ländern bezogenen Waren und Leistungen lieferten. Soweit wir nun gezwungen sind, jene ausländischen Erzeugnisse im Inlande und zwar zu ungünstigeren Bedingungen herzustellen, als sie uns vor dem Kriege durch Austausch mit dem feindlichen Ausland zur Verfügung standen, ist auch dieser Mehraufwand als Kapitalverlust zu buchen, da er ohne Handelssperre für ergiebigere Zwecke hätte Verwendung finden können.

Dieser Art sind die wichtigsten Kapitalverluste, die uns der Krieg zugefügt. Die außergewöhnliche Kapitalmenge aber, die wir zur Durchführung der Aufgabenfülle nach dem Kriege benötigen, wird in der gleichen Weise erspart wie in jedem Aufstieg des Wirtschaftslebens; denn auch die Erledigung der Arbeiten nach dem Kriege verlangt ein schnelleres Anschwellen der Kapitalgütererzeugung als der Gebrauchsgütererzeugung. Der Zinsfuß muß auch nach dem Kriege hochstehen, er zeigt dann aber nicht einen absoluten Kapitalmangel an, so daß aus Mangel an Kapital ein Aufstieg des Wirtschaftslebens nicht erfolgen könne, sondern nur einen relativen Kapitalmangel im Verhältnis zu der großen Arbeitsfülle, die bewältigt werden soll. Sobald aber Kapitalgüter irgendwelcher Art geschaffen werden, erfolgt auch, wie wir gesehen haben, die Bildung oder Ersparung des Geldkapitals. Der hohe Zinsfuß ist die Bremse, die dafür sorgt, daß der dringendste Bedarf zuerst erledigt wird. Wenn also die Bauunternehmungen auch nach dem Kriege noch unter Arbeitsmangel zu leiden haben werden, dann ist das für sie bedauerlich; vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus muß man die Wirkung des hohen Zinsfußes als eine Notwendigkeit ansehen. Deshalb sollte man auch nicht, wie Linnenkohl mit Recht hervorhebt, diesem Produktionszweig künstlich durch Heranziehung öffentlicher Mittel zu früh zu größerer Tätigkeit verhelfen.

Wie wir festgestellt haben, ist ein nicht unerheblicher Teil der Mittel zur Zeichnung unserer Kriegsanleihen aus vorübergehend brachliegenden Betriebskapitalien genommen worden. Fehlt es denn nicht an Kapital, diese Summen nach dem Kriege in ihre ursprüngliche Form zurück zu verwandeln? Keineswegs, denn die zur Neuansammlung der Vorräte, zum Ersatz des Verschleißes usw. notwendige erhebliche Mehrarbeit zieht Arbeitskräfte von der Erzeugung unmittelbar genußreifer Güter ab, ruft wiederum jene bekannte Preisbildung dieser Güter hervor, die zur Ersparung des erforderlichen Kapitals führt. Die Kapitalbildung hält mit der Vorratserneuerung, dem Verschleißersatz usw. Schritt, kann also die Betriebskapitalien ersetzen, die vorübergehend in Anleihen angelegt wurden. Nur weil nach dem Friedensschluß diese Anleihesummen zu umfangreich und zu stürmisch wieder in die Geldform zurück verwandelt zu werden wünschen, sei es, daß der Kredit zunächst nicht alle Anforderungen zu befriedigen vermag, sei es, daß die Unternehmer fürchten, bei dem vermeintlichen Kapitalmangel zu kurz zu kommen, müssen Vorkehrungen getroffen werden, damit das starke Angebot nicht unnötigen Schaden stiftet.

Kapitalmangel wird einen neuen Aufschwung nach dem Kriege nicht verhindern. Dafür werden aber die hohen Steuern hemmen, lautet ein zweiter Einwand. Die Furcht vor den hohen Steuern, vor der Abbürdung der Kriegsschulden, hat unglaubliche Schreckgespenster hervorgezaubert. Als typisch mögen die Betrachtungen angesehen werden, die Friedberg an diese Frage knüpft. Er bezieht sich in einem Aufsatz auf den Vorschlag, die Schuldenlast durch eine direkte Besteuerung des Einkommens von 30—40% zu decken und fährt dann fort: »Man mache sich solche Vorschläge zahlenmäßig klar. Nach Helfferich beträgt das deutsche Volkseinkommen 40 Milliarden Mark. Davon wird etwa $^1/_6$ für öffentliche Zwecke aufgewendet, etwa 25 Milliarden dienen dem privaten Verbrauch und etwa 8—$8^1/_2$ Milliarden wachsen, abgesehen von der automatischen Werterhöhung, die man hier außer Acht lassen kann, dem Volksvermögen zu. Erhöht man also das eine Sechstel für öffentliche Zwecke auf ein Drittel, so ergibt sich, daß nach Abzug von 25 Milliarden für den privaten Verbrauch und von $13^1/_2$ Milliarden für öffentliche Lasten nur $1^2/_3$ Milliarden zur Ersparung und Kapitalbildung übrig bleiben, eine für diesen Zweck völlig unzureichende Summe, wenn man bedenkt, daß die Neuemission von Wertpapieren im Jahre 1912 allein drei Milliarden

betrug. Steigert sich der Bedarf für öffentliche Zwecke gar auf 40% des Einkommens, so bleibt ein Defizit von einer Milliarde in unserer Volkswirtschaft übrig, das nur durch Herabdrückung des normalen Konsums der Bevölkerung beseitigt werden kann. Die wirtschaftlichen Folgen eines solchen Zustandes brauchen nicht erst dargelegt zu werden. Fortfall der Ersparnismöglichkeit, allgemeiner Kapitalmangel, Rückgang der Produktion, beschäftigungslose Arbeitskräfte, Überfüllung der nicht direkt produktiven Berufe sind die traurigen Etappen auf dem Wege solcher Finanzkunst[1]).« Wie Friedberg denken viele und doch ist die ganze Darstellung reine Phantasie. Schon vor dem Kriege bei Gelegenheit des Streites um die Wehrsteuer hat Dietzel in einer äußerst klaren Schrift[2]) die wirklichen Zusammenhänge dargelegt und während des Krieges hat sich Oswalt[3]) auf denselben Standpunkt gestellt. Wie das Kapital erspart wird, das zur Finanzierung des Krieges notwendig ist, haben wir eingehend geschildert. Dabei wurde auch betont, daß normalerweise die Summen durch eine Einkommensteuer erhoben werden müßten, und nur weil eine gerechte Veranlagung, ganz besonders während des Krieges, nicht möglich ist, folglich der Druck der hohen Summen viele Privatwirtschaften außerordentlich belasten würde, beschreitet der Staat den Anleiheweg, nimmt er das Kapital dort, wo es sich im Ablauf des Wirtschaftslebens ansammelt. Die Aufgabe, die im Frieden zu lösen ist, besteht also nur in der nachträglichen gerechten Verteilung dieser vorgeschossenen Summen auf die Gesamtheit. Darin liegt doch alles, was zu sagen ist, nämlich: die Zinsen und Tilgungssummen, mögen sie durch direkte oder indirekte Steuern erhoben, also zunächst dem Wirtschaftsleben entzogen werden, fließen ihrer Bestimmung gemäß an jene zurück, die dem Staat die Summen vorgeschossen haben. Ob die Tilgung der Staatsschuld schnell oder langsam erfolgt, ob man zu einer teilweisen Vermögenskonfiskation schreitet, oder sich in anderer Weise hilft, die Summen fließen immer wieder dem Wirtschaftsleben zu. Die Gründe, die gegen zu schnelle Tilgung und vor allem gegen eine Vermögenskonfiskation sprechen, liegen nicht, wie Friedberg meint, in der Störung der Kapitalbildung, sondern erwachsen aus der Unmöglichkeit einer gerechten Verteilung der Steuerlast. Doch

---

[1]) Zitiert nach dem Auszug aus dem Aufsatz »Die Abbürdung der Kriegsschulden in der Bonner Zeitung vom 23. Januar 1917.

[2]) Dietzel: Kriegssteuer oder Kriegsanleihe? Tübingen 1912.

[3]) Oswalt a. a. O., S. 33 ff.

darauf will ich nicht weiter eingehen, ich verweise auf die Schrift von Dietzel. Die Kapitalbildung wird durch jene Gewaltsteuern überhaupt nicht gestört. Der Nachteil, der der Volkswirtschaft aus der beschleunigten Tilgung erwachsen kann, besteht in der Verschiebung der Nachfrage, die aus dem Hin- und Herfluten der Tilgung und Zinssummen erwachsen kann. Diese Gefahr wird nur etwas dadurch gemildert, daß alle Schichten des Volkes an der Aufbringung der Kriegskosten beteiligt, also Besitzer von Kriegsanleihen sind. Privatwirtschaftlich sind natürlich die Steuern für alle, die ihre Einnahmequellen im Krieg nicht nur nicht erhöht, sondern sogar Verluste erlitten haben, eine harte Nuß.

Es ist demnach durchaus falsch zu behaupten, es liege im Interesse der Volkswirtschaft, daß die Anleihen möglichst schnell getilgt werden. An einer beschleunigten Tilgung hat einzig der Staat Interesse; sein Kredit ist in erheblichem Maße belastet, somit muß er sorgen, ihn für neue große Ausgaben, z. B. für den Fall eines neuen Krieges, baldigst wieder aufnahmefähiger zu gestalten. Der kürzeste Weg zum Ziele ist die Erzwingung einer Kriegsentschädigung.

Die Möglichkeit einer Kriegsentschädigung habe ich bisher nicht berücksichtigt, um die wirtschaftlichen Zusammenhänge zunächst ohne ihr Eingreifen darzulegen. Auch über die Bedeutung der Kriegsentschädigung herrschen vielfach irrige Ansichten. Man glaubt, sie sei notwendig, um unser Wirtschaftsleben wieder in Fluß zu bringen, da sie den Kapitalmangel beseitige. Es war also unsere erste Aufgabe zu zeigen, daß Kapitalmangel in dem üblichen Sinne gar nicht besteht. Es wäre nichts nachteiliger für unser Wirtschaftsleben, als wenn sich die Vorgänge nach dem Kriege 70/71 wiederholten, eine reiche Kriegsentschädigung dazu benutzt würde, die Kriegsanleihen in kurzer Zeit zu tilgen. Für den Kredit des Staates wäre es zwar vorteilhaft, diese Summen abzustoßen, aber der Volkswirtschaft wäre damit ein schlechter Dienst erwiesen. Erinnern wir uns, was wir festgestellt haben: Ohne den Eingriff des Krieges wären die gewaltigen Summen, die er verschlang, in der Hauptsache für genußreife Güter ausgegeben worden, ständen uns also überhaupt nicht mehr zur Verfügung, und zum kleinsten Teil hätten sie zur Steigerung der Produktivkraft der Volkswirtschaft gedient, wären also ebenfalls vernutzt, wenn sie auch bleibende Wirkungen im Wirtschaftsleben hinterließen. Die Irrtümer entstehen immer dadurch, daß man auf die Geldsummen achtet und nicht auf die wirtschaftlichen Lei-

stungen, die sie vertreten und die mit ihren Produkten in Austausch treten. Die Leistungen werden vernutzt, stehen uns also nicht mehr zur Verfügung; haben sie zur Herstellung von Verbrauchsgütern gedient, so scheiden diese nach ihrem Austausch aus der volkswirtschaftlichen Betrachtung aus, denn sie haben nur noch privatwirtschaftliche Bedeutung. Wurden die Leistungen dagegen zur Erzeugung von Kapitalgütern herangezogen, so wirken sie in ihnen weiter. Ganz das gleiche gilt selbstverständlich für die Kriegserzeugung, nur führt der Geldwert der wirtschaftlichen Leistungen im Kriege insofern ein längeres Leben, weil die Kriegsausgaben nicht, wie es normalerweise sein sollte, aus dem Einkommen bestritten worden sind, sondern durch Anleihen vorgeschossen. Werden also diese Summen nicht nachträglich aus dem Einkommen getilgt, sondern mit Hilfe einer Kriegsentschädigung zurückgezahlt, dann ist das gerade so, als wenn der Geldwert jener vergangenen Leistungen ohne die Leistungen selbst verdoppelt worden sei. Dem Wirtschaftsleben wird eine gewaltige neue Kaufkraft zugeführt, aber nicht auf Grund neuer wirtschaftlicher Leistungen, also neuer Erzeugnisse und Dienste. Als Folge dieser neuen Kaufkraft muß sich notwendig einstellen: Schnelles Anwachsen der Preise, fieberhafte Gründungen und Erweiterungen des Wirtschaftskörpers, spekulative Ausschreitungen, wie sie der Milliardensegen in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts hervorrief.

Die Volkswirtschaft ist durch die große Arbeitsfülle nach dem Kriege schon reichlich überlastet; soll also die Kriegsentschädigung Nutzen stiften, dann muß sie dazu verwendet werden, die Arbeitslast zu mildern und nicht zu mehren, mit anderen Worten, sie muß nicht im Inlande, sondern im Auslande als Nachfrage auftreten. Sie kann uns wertvolle Dienste leisten, die Kapitalverluste, die der Krieg verursacht hat und deren Natur wir schon näher gekennzeichnet haben, wieder auszugleichen. Wir können mit Hilfe der Kriegsentschädigung aus dem Auslande unsere Vorräte an Rohstoffen aller Art wieder auffüllen, ohne daß dem Wirtschaftsleben die Aufgabe zufällt, die notwendigen Gegenwerte zu erzeugen; ebenso können wir das Ausland zu den Erneuerungsarbeiten im Inland heranziehen. Ferner ermöglicht sie uns, unsere Kolonien wieder aufzubauen und an Stelle gesperrter Wege im internationalen Verkehr uns neue zu erschließen usw. So würde unsere volkswirtschaftliche Produktivkraft rascher wieder den alten Stand erreichen und außerdem uns eine übertriebene Hochkonjunktur

mit ihren lähmenden Nachwirkungen erspart. Nur fragt es sich, wie sich diese Ziele mit dem Finanzinteresse des Staates vereinigen lassen. Der Staat möchte schnell die Schuld tilgen; aber man bedenke, daß sich schon die Zinsenlast auf einige Milliarden beläuft, und diese Summe, wenn sie mit Hilfe der Kriegsentschädigung aufgebracht wird, erhebliche Störungen im Ablauf des Wirtschaftslebens hervorrufen muß. Welche Folgen werden demnach erst aus einer raschen Ablösung der Schulden vermittelst der Kriegsentschädigung erwachsen! An eine vorsichtige, sachgemäße Verwendung dieser Summen ist unter solchen Umständen nicht zu denken und eine übertriebene Hochkonjunktur mit dem folgenden Zusammenbruch gar nicht zu vermeiden. Ein großer Teil der zurückgezahlten Summen wird auch in diesem Falle wieder ins Ausland fließen, wie es in den 70er Jahren ebenfalls geschah, nur wird er dann weniger zum Erwerb der wünschenswerten Kapitalgüter, sondern von Existenz-, Kultur- und Luxusgütern dienen, und außerdem in manchen ungesunden Gründungen verloren gehen. Dauernde Wirkungen wird er dann nicht hinterlassen, so daß die Volkswirtschaft schließlich nicht so sehr viel günstiger abschneidet als ohne Kriegsentschädigung, dafür aber um die Erinnerung an eine außergewöhnlich schwere Krisis reicher ist, an deren Nachwirkungen sie jahrelang zu tragen haben wird.

Nun haben wir noch eine letzte Frage zu erledigen: Wird die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Kriege nicht durch den Stand der Valuta eine Hemmung erleiden? Um seinen Einfluß zu überschauen, müssen wir uns über die Gründe klar werden, aus denen die Verschlechterung während des Krieges entsprungen ist. Haben jene Recht, die als einzige Ursache die Sperrung der Grenzen durch unsere Feinde gelten lassen wollen — wodurch unsere Schiffahrt lahm gelegt, uns der Bezug der Zinsen unserer im Ausland arbeitenden Kapitalien, sowie die Ausfuhr unserer Waren verhindert worden ist, während wir nach Möglichkeit Waren hereinzuholen suchen — dann bietet das Problem keine Schwierigkeiten, da diese Hemmung im Frieden fortfällt. Aber wie Lansburgh in seinem ausgezeichneten Aufsatz: »Die großen Notenbanken im Dienste der kriegführenden Staaten«[1]) gezeigt hat, liegt die Ursache des Standes der Valuta nicht in den wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande, sondern in der Entwertung des heimischen Geldes infolge starker Geldvermehrung. Wie wir, leiden

[1]) Die Bank 1915. Heft 6—12.

auch unsere Feinde, zum Teil in erheblich höherem Maße, an den Folgen der Inflation und nach den Berechnungen Cassels hat sich auch die Valuta der neutralen Staaten verschlechtert.

Nach unseren Ausführungen über die Inflationsmöglichkeit während einer Friedenshochkonjunktur hat die Erscheinung nichts Fremdartiges mehr. Der Krieg verlangt, um bei dem deutschen Beispiel zu bleiben, eine so gewaltige Umstellung des Wirtschaftslebens, es muß die Erzeugung von Kriegsgerät so beschleunigt gesteigert, oder, was dasselbe ist, die Verbrauchsgütererzeugung so weitgehend auf den Existenzbedarf eingeschränkt werden, daß eine umfangreiche Kreditgewährung notwendig wird, um diese Aufgaben zu erfüllen. Diese Notenmenge, zusammen mit jener, die sich der Staat durch Begebung von Schatzscheinen von der Reichsbank vorschießen ließ, und die auch an den Einziehungsterminen auf die Anleihen nur zum Teil zurückgezogen wurden[1]), füllt das Wirtschaftsleben an. Während die Gesamterzeugung sicher nicht das Maß einer Hochkonjunktur im Frieden erreicht, vielleicht nicht einmal größer ist als die eines Jahres mittlerer Anspannung, reichen die Umlaufsmittel erheblich über die jener Vergleichszeiten hinaus. Mit Recht stellt Cassel fest: »daß ein kriegführendes Land, das dazu gezwungen wird, alle seine wirtschaftlichen Kräfte aufzubieten, so gut wie ausnahmslos zu einer Verschlechterung der Valuta kommt«[2]). Er fügt hinzu, daß es einen gewissen Gradunterschied in der Verschlechterung der Valuta zwischen den kriegführenden Ländern gibt. »Aber die bessere Stellung, die einige Länder in dieser Hinsicht einnehmen, beruht auf Unterstützung durch das Ausland, die durch Verschulden oder durch Vermögensverlust erkauft worden ist und somit also eine Schwächung der wirtschaftlichen Kraft des Landes in anderer Form bedeutet«[2]).

Da die Geldvermehrung nicht mit dem Kriege wieder verschwindet, müssen wir mit einem ungünstigen Stand der Valuta auch nach dem Kriege rechnen. Wir können nun zwei Fälle unterscheiden.

1. Es unterbleiben nach dem Friedensschluß die Bestrebungen den Geldwert wieder zu heben. Die Geldentwertung findet ihren klarsten Ausdruck in den Wechselkursen und ihr Einfluß auf die internationalen Beziehungen wird in dem Satz zusammengefaßt: Währungsverschlechterungen bringen auf der einen Seite mit sich Verteuerung und Erschwerung der Einfuhr, auf der anderen

[1]) Lánsburgh: Die großen Notenbanken. a. a. O. S. 989.

[2]) Cassel: Deutschlands wirtschaftliche Widerstandskraft. S. 147.

Seite jedoch Erleichterung der Ausfuhr. Man pflegt auch zu sagen, sie wirken einerseits wie ein Schutzzoll, andererseits wie eine Ausfuhrprämie. Somit lag der Gedanke nahe: da wir nach dem Kriege unsere stark gelichteten Vorräte wichtiger ausländischer Rohstoffe wieder auffüllen müssen, erschwert die Geldentwertung den Rohstoffbezug, hemmt also unsere wirtschaftliche Entwicklung. Doch trifft die Behauptung nicht zu; man übersieht nämlich, daß jener Satz nur gilt, solange sich die Preise aller Waren und Leistungen noch nicht der Geldentwertung angepaßt haben. Die stürmische Preisbewegung der Kriegskonjunktur erzwingt aber die Anpassung wenigstens für alle Waren und Leistungen, die im internationalen Verkehr eine Rolle spielen. Haben sich aber die Preise entsprechend der Geldentwertung gehoben dann kann von einer Erschwerung der Einfuhr keine Rede mehr sein. Der Austausch vollzieht sich ebensoleicht wie vor der Geldentwertung, nur geht er nicht mehr auf der alten Verrechnungsbasis, die der Goldparität entsprach, sondern auf einer neuen Basis die auf die Geldentwertung abgestimmt ist, vor sich.

Wenn nach dem Frieden die Rohstoffbeschaffung auf Schwierigkeiten stößt, so sind andere Gründe maßgebend. Es ist zunächst der Gesamtbedarf der verschiedenen Länder nach Rohstoffen im Verhältnis zum Angebot sehr groß. Sodann ist der Sonderbedarf Deutschlands so erheblich, daß, wenn sich die Nachfrage ungeregelt und ungehemmt entfaltet, der durch die große Arbeitsfülle überlastete Wirtschaftskörper die Gegenwerte nicht zu liefern vermag. Dazu kommt endlich, daß die hohen Preise, die aus der neuen Aufwärtsbewegung des Wirtschaftslebens entspringen, die Ausfuhr erschweren. Um also möglichst Nachteile zu vermeiden, muß dafür gesorgt werden, daß einerseits die Rohstoffeinfuhr dem freien Wettbewerb für eine Übergangszeit entzogen wird, andererseits auch die inländische Erzeugung zunächst möglichst auf die Erledigung der dringendsten Aufgaben beschränkt wird und insbesondere für die Ausfuhr nur diejenigen Waren hergestellt werden, die sich als Gegenwerte für die Einfuhr am geeignetsten erweisen. Sollte ein Ausgleich auch dann noch unmöglich sein, so werden wir Gold und Effekten hinaussenden oder Anleihen im Auslande aufnehmen müssen. Je ungeregelter sich die Einfuhr, je wilder sich im Inlande der Aufschwung entwickelt, desto größer müssen auch die Vermögensopfer und die Auslandsschulden anwachsen. So wird es sich nach dem Kriege wiederum als ein Segen erweisen, daß Deutschland das Land der reichsten Unternehmer-

organisationen ist. Hier ist den Kartellen und sonstigen Verbänden eine große Aufgabe gestellt, die sie durch einsichtsvolles Zusammenfassen ihrer Kräfte zu lösen suchen müssen, eine Aufgabe, die auch ohne den Krieg allmählich an sie herangetreten wäre. Die Kartelle und die Zusammenschlüsse bisher selbständiger Unternehmungen sind die ersten Früchte auf diesem Wege zur Regelung der Erzeugung und weitere Ausgestaltungen der Organisationen müssen folgen, da die Ausweitung des Marktes für gewerbliche Erzeugnisse nicht mit der wachsenden Erzeugungskraft Schritt zu halten vermag [1]). Der Krieg hat durch seine Folgen eine raschere Entwicklung der Organisationen zur Notwendigkeit gemacht. Wichtig ist nur, daß sie auch in Zukunft vom Wirtschaftsleben aus eigner Kraft geboren werden. Staatlicher Zwang ist vom Übel, denn er hat notwendig weitgehende gesetzliche Regelung aller Einzelheiten zur Voraussetzung, erzeugt eine frühzeitige Starrheit, die sich wegen der Schnelligkeit der wirtschaftlichen Wandlungen bitter rächen muß.

2. Gehen wir nun zum anderen Fall über. Nehmen wir an, die Geldentwertung solle nach dem Kriege wieder beseitigt werden. Soweit die ausländischen Beziehungen in Frage kommen — sie werden am ersten beeinflußt, da die Hebung des Geldwertes am schnellsten ihren Ausdruck in den Wechselkursen findet — so werden sich vom volkswirtschaftlichen Standpunkt die Folgen die Wage halten. Jede Geldwerterhöhung erleichtert die Einfuhr, erschwert aber die Ausfuhr. Im Inlande dagegen muß die allmähliche Senkung aller Preise erhebliche Verschiebungen erzwingen, die mehr oder minder auch den Aufstieg des Wirtschaftslebens bremsen, ohne ihn allerdings hindern zu können. Für die Lösung des schwierigen Problems der Geldwerterhöhung kann uns aber nichts gelegener kommen, als der Aufstieg nach dem Kriege. Die übermäßige Geldfülle, die im Frieden entsteht, wenn in einer Hochkonjunktur die Zinsbremse nicht ausreichend angezogen wird, verschwindet wieder, wird aus dem Umlauf herausgepreßt, in dem folgenden Niedergang, der bekanntlich um so heftiger ist, je größer die Übertreibungen des Aufstieges waren. Allerdings wird bei der heutigen Handhabung der Notenausgabe die Inflation im Frieden selten größeren Umfang annehmen. Die Kriegsinflation ist wesentlich höher. In der Übergangszeit nach dem Kriege wird

---

[1]) Vergleiche mein Buch: Ursachen und Ziele des Zusammenschlusses im Gewerbe, unter besonderer Berücksichtigung der Kartelle und Trusts. G. Fischer 1916.

schon ein kleiner Teil des Geldüberschusses aus dem Verkehr herausgepreßt. Hält man sodann in dem kommenden Aufstieg die Zinsbremse möglichst hoch, die Kreditgewährung möglichst knapp, so wird das Wirtschaftsleben gezwungen, unter Hebung des Geldwertes, mit der vorhandenen Menge auszukommen. Setzt dann die neue rückläufige Bewegung im Wirtschaftsleben ein, so werden weitere Umlaufsmittel überflüssig, können zurückgezogen werden. Reicht das Mittel auch nicht aus, die Geldentwertung zu beseitigen, so ist es doch eine wertvolle Hilfe auf dem Wege zum Ziel.

Nun endlich noch die Frage: Welches Bild gibt die Wirtschaftslage, wenn der erste Auf- und Abstieg nach dem Friedensschluß abgelaufen ist? Das hängt natürlich wesentlich vom Verlauf der ersten Hochkonjunktur, vom Ausfall der Ernten und nicht zuletzt von der Regelung der internationalen Handelsbeziehungen ab. Aber nehmen wir einmal an, es sei nur zum Teil geglückt, den Kapitalgüterverlust, den uns der Krieg hinterlassen hat, wieder aufzufüllen und die unterbrochenen Handelsbeziehungen wieder anzuknüpfen oder durch neue zu ersetzen, unsere Jahresproduktion entspreche infolgedessen, nur um eine Zahl zu nennen, derjenigen 15 Jahre vor dem Krieg. Dann zeigt dieser Vergleich, daß unsere Gesamtlage — von Einzelwirtschaften kann nicht die Rede sein — durchaus nichts Niederdrückendes hat, wenn auch für die größere Volksziffer trotz scharfer Anspannung aller Kräfte ein kleinerer Gütererertrag zur Verfügung steht. Die Entwicklung der 15 Jahre bis zum Kriegsausbruch werden wir dann infolge der reichen Erfahrung und des umfassenderen Wissens in wesentlich kürzerer Zeit durchlaufen, zumal wenn es gelingt, die weltwirtschaftlichen Beziehungen rascher wieder anzuknüpfen. Und der Zinsfuß wird sich dem Zeitmaß der Entwicklung anpassen; er kann also ganz gut, d. h. wenn sich die Entwicklung langsam genug durchsetzt, unter 5% stehen. Daran hindert die Masse der Anleihen keineswegs; denn es ist bei der vaterländischen Gesinnung unseres Volkes und, da auch andere Verwendungsmöglichkeiten kaum zur Verfügung standen, mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die Anleihen durch die in der Kriegskonjunktur gebildeten Kapitalien zum weitaus größten Teil fest aufgenommen worden sind. Soweit sie ihre Unterbringung den frei gewordenen Betriebskapitalien verdanken, erfolgt, wie wir sahen, die Überführung in feste Hände bereits während der Hochkonjunktur nach dem Frieden. Wenn der Zins auch nach dem ersten Friedensaufschwung noch hoch

stehen wird, so liegt der Grund darin, daß nicht nur wir weiterhin bestrebt sein werden, möglichst bald den Kapitalgüterverlust der Kriegszeit zu ersetzen, sondern auch unsere Bundesgenossen und Feinde, die zum Teil noch nicht einmal ihre Kriegskosten gedeckt haben, weil sie während des Krieges die Notenpresse benutzten, und die eine viel höhere Kapitalgüterzerstörung in ihren Ländern erleiden mußten[1]. Wenn der Zinsfuß hoch stehen wird, so ist das nur der sichtbare Ausdruck dafür, daß sich die Kapitalgütererzeugung auf Kosten der Verbrauchsgütererzeugung ausgedehnt hat, und somit entspricht dem hohen Zinssatz ein hoher Preisstand aller gebrauchsreifen Güter.

[1]) Vergleiche auch L. Pohle: Die neuere Entwicklung des Zinsfußes und der Einfluß des Weltkrieges auf seinen Stand. 1915.





Englische Expansion und deutsche Durchdringung als Faktoren im Welthandel.

Von Dr. **W. H. Edwards** Göttingen. (VI, 89 S. gr. 8°.) 1916. Preis: 2 Mark 40 Pf.

Inhalt: Einleitung. I. Teil. Von Burleigh bis Chamberlain. II. Teil. Vom Stahlhof zum Stahlwerksverband. Anhang: Vergleich zwischen Deutschland und England. Die Grundwerte der deutschen Volkswirtschaft für das Jahr 1913.

Der Krieg und der Individualismus.

Von Dr. **Ludwig Heyde**, Berlin-Halensee. (24 S. gr. 8°.) 1915. Preis: 75 Pf.

Juristisches Literaturblatt vom 1. Juli 1915:

Die von echter, warmer vaterländischer Begeisterung und von einem hohen Idealismus getragene Schrift des bekannten Sozialpolitikers sei hiermit der allgemeinen Beachtung bestens empfohlen. Sie verdient weite Verbreitung.

Die Kriegsbeschlagnahme als Mittel der Organisation der Rohstoff- und Lebensmittelversorgung.

Von Dr **Heinrich Lehmann**, o. ö. Professor der Rechte an der Universität Jena und akademischem Rat am Gemeinschaftlichen Thüringischen Oberlandesgericht. (VI, 110 S. gr. 8°.) 1916. Preis: 2 Mark 40 Pf.

Inhalt: Einleitung. Die allgemeine Bedeutung der Kriegsbeschlagnahme. — Notwendigkeit der Scheidung zwischen der Beschlagnahme im Inland und in den besetzten feindlichen Gebieten. I. Kapitel. Die Beschlagnahme im Inland. 1. Der Begriff der Kriegsbeschlagnahme. — 2. Die Fälle der Kriegsbeschlagnahme. — 3. Die Rechtsgültigkeit der Beschlagnahmeanordnungen. — 4. Der Beginn der Verstrickung. — 5. Die Wirkungen der Kriegsbeschlagnahme. — 6. Das Ende der Verstrickung. — 7. Die nähere Ausgestaltung der Kriegsbeschlagnahme. — Wirtschafts- und rechtspolitische Würdigung. II. Kapitel. Die Beschlagnahme im besetzten Feindesland. 1. Wirtschaftliche und rechtliche Bedeutung. — 2. Die Rechtsmäßigkeit der Beschlagnahmen. — 3. Die Ersatzansprüche der von der Beschlagnahme betroffenen Privatpersonen. Anmerkungen.

Soeben erschien:

Ungarn und Deutschland.

Von **Joseph Szterényi**, k. u. k. Wirklicher Geheimer Rat, königlich ungarischer Staatssekretär a. D., Mitglied des ungarischen Reichstags. (VIII, 170 S. gr. 8°.) 1917. Preis: 4 Mark.

Der bekannte ungarische Staatsmann veröffentlicht sieben wirtschafts- und nationalpolitische Aufsätze über das Verhältnis Deutschlands zu Österreich und zu Ungarn, ferner über jenes des Magyarentums zum Deutschtum. Der Leser bekommt hier einen klaren Überblick über die ungarischen und teilweise auch österreichischen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, ganz neue Gesichtspunkte kommen hier in Erscheinung, welche zu kennen wichtig sein dürften für die deutschen Berufs- und Wirtschaftspolitiker. Ein Aufsatz ist den wirtschaftlichen Maßnahmen gewidmet, welche unsere Feinde, die Entente-Staaten, gegen die mitteleuropäischen Mächte und insbesondere gegen Deutschland ins Werk setzen; dieser Aufsatz enthält ein so reiches Material, wie es bisher nirgends zusammengestellt war. Das Werk will der Vertiefung des politischen und wirtschaftlichen Bündnisses zwischen den mitteleuropäischen Staaten dienen.

Das weltwirtschaftliche Problem der modernen Industriestaaten.

Von Dr. **Carl von Tyszka.** (VIII, 210 S. gr. 8°.) 1916. Preis: 5 Mark 60 Pf.

Das Buch behandelt die großen Fragen der Wirtschaftspolitik. Es zeigt, in welcher Weise die beiden größten Industriestaaten Europas, Deutschland und England, die Probleme der weltwirtschaftlichen Verflechtung zu lösen suchen. Wohl zum erstenmal in dieser umfassenden Weise wird dem Einfluß der Stellung des Staates zur Weltwirtschaft auf das wirtschaftliche und soziale Leben des Volkes nachgegangen. Im letzten Abschnitt kommen die Fragen nach der zukünftigen Gestaltung der Wirtschaftspolitik Deutschlands nach dem Kriege zur Behandlung; das Problem „Mitteleuropa“ findet eine eingehende Darstellung. Zum Schlusse wird versucht, den Weg zu weisen, der Deutschland nach dem Krieg zur Weltherrschaft und damit zur Weltmachtstellung führt.

Das Buch wendet sich zwar in erster Linie an Sozialpolitiker, Volkswirte und Politiker nicht nur Deutschlands, sondern auch der anderen Länder. In ihm werden aber auch alle die, die sich für die großen Fragen der Weltwirtschaftspolitik, die der Krieg so eigenartig und scharf beleuchtet hat, interessieren — und welcher gebildete Deutsche schlösse sich davon aus — reiche Anregung finden.

Verlag von Gustav Fischer in Jena

Kriegswirtschaftliche Untersuchungen

aus dem Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel.

Diese Sammlung erscheint nur während des Krieges. Sie bringt insonderheit solche Arbeiten, die die Darstellung des internationalen Wirtschaftslebens unter dem Einfluß des Krieges zum Gegenstand haben. Außerdem enthält sie Untersuchungen über das wirtschaftliche, finanzielle und soziale Leben in den kriegführenden und neutralen Ländern Auch die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen der Gegner Deutschlands und die Bestrebungen zur Verdrängung Deutschlands vom Weltmarkt finden Beachtung. Die Arbeiten entstehen entweder unmittelbar im Institut oder sie werden auf dessen Anregung unter seiner Mitwirkung von auswärtigen Mitarbeitern durchgeführt. Die Sammlung bringt auch Übersetzungen wichtiger kriegswirtschaftlicher Untersuchungen aus dem feindlichen und neutralen Ausland.

Erstes Heft: **Der Einfluß des Krieges auf den Londoner Geldmarkt.** Von Dr. **Theodor Plaut,** Assistent am Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel. (VI, 105 S. gr. 8°.) 1915. Preis: 2 Mark.

Zweites Heft: **Die Pan-Amerikanische Finanzkonferenz vom 24.-29. Mai 1915.** Von Dr. **Johannes Pfitzner,** Privatdozent an der Universität Gießen, z. Zt. Kiel. (41 S. gr. 8°.) 1915. Preis: 1 Mark.

Drittes Heft: **Die Entwickelung der Außenhandelsbeziehungen der Vereinigten Staaten von Amerika während des ersten Kriegsjahres 1914/15.** Von **Ludwig W. Schmidt.** (IV, 40 S. gr. 8°.) 1915. Preis: 1 Mark 80 Pf.

Viertes Heft: **Die nordamerikanischen Interessen in Südamerika vor dem Krieg.** Von Dr. **Hermann A. L. Lufft,** New York. (V, 88 S. gr. 8°.) 1916. Preis: 1 Mark 80 Pf.

Fünftes Heft: **Französische Bestrebungen zur Verdrängung des deutschen Handels.** Von Dr. **Ernst Oberfohren,** wissenschaftlichem Mitglied des Königlichen Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel. (IV, 60 S. gr. 8°.) 1916. Preis: 1 Mark 60 Pf.

Sechstes Heft: **Die Wirkung des Krieges auf den überseeischen Handel Englands.** Vorlesung, gehalten von **J. Rosenbaum,** M. Sc. in der Royal Statistical Society zu London am 18. Mai 1915 (nebst Diskussion), übersetzt, bearbeitet und fortgeführt im Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel. (VI, 86 S. gr. 8°.) 1916. Preis: 1 Mark 80 Pf.

Siebentes Heft: **Beiträge zur Lage der chemischen, insbesondere der Farbstoffindustrie in den Vereinigten Staaten von Amerika.** Zusammengestellt und übersetzt von Dr. **Johannes Pfitzner,** Privatdozent an der Universität Gießen, z. Zt. Kiel. (VI, 80 S. gr. 8°.) 1916. Preis: 1 Mark 60 Pf.

Achtes Heft: **Die internationale Schiffsraumnot.** Ihre Ursachen und Wirkungen. Von Dr. oec. publ. **Oscar Wingen,** Archivar des Königlichen Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft. (IV, 45 S. gr. 8°.) 1916. Preis: 1 Mark 50 Pf.

Neuntes Heft: **Deutsche und englische Industrie auf dem Weltmarkte.** Eine handelsstatistische Untersuchung über das Jahr 1913. Von **Rudolf Barmm,** Hamburg. Mit 3 Abbildungen im Text. (VI, 45 S. gr. 8°.) 1916. Preis: 1 Mark 40 Pf.

Zehntes Heft: **Bericht über die dringende Notwendigkeit, in den deutschen und österreichisch-ungarischen Absatzgebieten Fuß zu fassen,** nebst Angaben einiger Mittel, unseren Export nach dort zu erweitern. Von **Arien Artaud,** Präsident der Handelskammer in Marseille. Übersetzt im Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel. (IV, 27 S. gr. 8°.) 1916. Preis: 60 Pf.

Elftes Heft: **Literatur zur Frage der deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsannäherung.** Von Dr. **Carl Landauer,** Assistent am Königlichen Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel. (VI, 63 S. gr. 8°.) 1916. Preis: 1 Mark 50 Pf.

Zwölftes Heft: **Die niederländische Uebersee-Trust-Gesellschaft** (Neederlandsche Overzee Trust Maatschappij). Von Prof. Dr. **Ferdinand Tönnies,** Geh. Regierungsrat. (IV, 34 S. gr. 8°). 1916. Preis: 75 Pf.

Dreizehntes Heft: **Die Pariser Wirtschaftskonferenz vom 14. bis 17. Juni 1916** und die ihr voraufgegangenen gemeinsamen Beratungen der Ententestaaten über den Wirtschaftskrieg gegen die Mittelmächte. Von **Friedrich Kahl,** wissenschaftlichem Mitarbeiter am Königlichen Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel. (IV, 94 S. gr. 8°.) 1917. Preis: 2 Mark.

Hofbuchdruckerei Rudolstadt